

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 27 / 41. Jg.

6. Juli 1928

## ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit Graph. Technik 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Westpostvereins 1.— Mk.

### Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsassstraße 86-88/III. Redaktions-schluß: Montag. Telefon Ant Nord 4268. Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24 — Druck und Expedition Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — **Zuschriften an die Expedition erbeten.** **Postverlagsort Scheuditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsassstr. 86-88. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

### Geistige Zeitströmungen. (Eine Entgegnung.)

Wenn in einer Gewerkschaftszeitung Probleme einer Erörterung unterzogen werden, die eigentlich in einer naturwissenschaftlichen Zeitschrift von fachwissenschaftlichen Kreisen besprochen werden müßten, so kann diese Problemstellung gefährlich sein. Dies deshalb, weil die Gegenüberstellung von philosophischem Idealismus und Materialismus so schwierig ist, daß selbst die Gelehrten nicht den letzten Ausweg aus dem philosophischen Wirren gefunden haben. Da in den Reihen der Arbeiterschaft über diese höchsten naturwissenschaftlichen Fragen nicht eine derartige Klarheit gegeben ist, um Wege einer Synthese der beiden gegensätzlichen Weltanschauungen zu finden, so erscheint diese Problemstellung, wie gesagt, gefährlich. Aber bei weitem gefährlicher wirkt der Umstand, daß zwischen Erörterungen des naturwissenschaftlichen Idealismus und Materialismus der historische Materialismus als Geschichtsauffassung herangezogen wird. Für den Sozialisten ist zu einem folgerichtigen Denken unbedingt eine scharfe Trennung von Natur- und Gesellschaftswissenschaft erforderlich. Wenn auch die Menschen innerhalb der Natur leben und an die Naturumstände in weitem Maße gebunden sind, so ergeben sich doch aus dem Gesellschaftsleben Gesetze, die mit solchen der Naturwissenschaft nichts gemein haben. Eine solche Trennung ist in dem Artikel des Kollegen Blum „Geistige Zeitströmungen“, „Gr. Pr.“ Nr. 23, gänzlich zu vermissen, sonst könnte nicht ein Satz entstehen, der sagt „wenn Verfasser an der materialistischen Weltanschauung Kritik übt, so kann es nicht darauf ankommen, an der historisch-materialistischen Geschichtserklärung vieles auszusetzen“ (Kursiv von mir. W.)

Eine Arbeit, die den Idealismus wie Materialismus als Wissenschaft einer Kritik unterziehen möchte, muß es unterlassen mit demselben Federstrich auch den historischen Materialismus anzunehmen. Wenn der Verfasser auch verspricht, nicht „vieles“ an der materialistischen Geschichtsauffassung auszusetzen, so bezweifeln die weiteren Ausführungen doch die Richtigkeit der materialistischen Geschichtsauffassung.

Trotzdem der Verfasser versuchte, mit gleichen Hieben die gegensätzlichen Weltanschauungen zu treffen, konnte er es nicht versäumen, den Artikel mit einem besonderen Nasenstich gegen die Materialisten zu beenden. Es dürfte nicht vergessen werden, daß der Idealist in der Praxis öfter über seine eigenen Grundsätze stolpert, als es vielleicht beim Materialisten der Fall ist.

Festgehalten sei, daß der grobe Materialismus mit seiner Erklärung, die Welt sei nichts als Materie, die denkbar bis ins kleinste zu teilen ist, und die verschiedenen Dinge nur aus der quantitativen Zusammensetzung der Materie entstehen, in der Philosophie erledigt ist. Aber genau so der Idealismus, der zu gerne Anleihen beim Materialismus macht, nur daß er die Atome an Stelle der Materie mit Geist und in den höchsten Formen mit Gott füllt.

Diese Wissenschaften einer Kritik zu unterziehen, dagegen wird sich wohl niemand wenden. Wohl ist es für die Arbeiterschaft gleichgültig, wohin die geistigen Strömungen erdferner Philosophen gehen, die versuchten Dinge des Weltgeschehens zu ergründen, die jenseits des Erfassbaren liegen und von denen man annehmen muß, daß sie überhaupt nie gelöst werden, da dem menschlichen Verstand dort die Grenzen gezogen sind, wo die Sinne versagen, neue Eindrücke zu übermitteln. Für uns gilt es in erster Linie das zu lernen und erfassen, was die positive Wissenschaft als ihre Forschungsergebnisse gefunden hat. Damit sollte der Streit um Dinge, die der menschliche Geist der Natur noch nicht entlocken konnte, aus den Köpfen der Menschen, die ihre geistigen Kräfte gesellschaftlichen Problemen zuwenden müssen, verschwunden sein. Neue Wege aus philosophischen Zwickmühlen zu finden, kann nicht Aufgabe des Proletariats sein, dem seine Aufgabe doch klar vorgezeichnet ist. Unsere Köpfe haben nicht nach einer Synthese zur Überbrückung philosophischer Gegensätze zu suchen, son-

dern nach Wegen zur Umgestaltung der bestehenden Gesellschaft. Es kann nicht unsere menschliche Aufgabe sein, das jenseits des Erfassbaren liegende in Gesetze zu bringen, sondern die Menschen müssen lernen die Gesetze der menschlichen Gesellschaft zu sehen, und von ihnen geleitet auf eine geordnete Gesellschaftsverfassung hinwirken. Darin liegt die große Aufgabe des Proletariats, und wenn die Rede sein soll von geistigen Zeitströmungen, so können für das Proletariat nur Strömungen innerhalb der Gesellschaftswissenschaft in Frage kommen. Über andere Dinge zu streiten, überlasse man ruhig Leuten, die nicht in der Gegenwart leben, sondern in Wolkenkuckuckheim herumphantasieren. Während in früheren Jahrzehnten die Erörterung naturwissenschaftlicher und philosophischer Probleme im Vordergrund des Geisteslebens stand, so kann doch festgestellt werden, daß an diese Stelle die Probleme der Ökonomie und Soziologie gerückt sind.

Eine scharfe Trennung von Natur- und Geisteswissenschaft ist deshalb unumgänglich. Die versäumte Einhaltung dieses zwingt zur Entgegnung. Wenn auch die Marxsche Geschichtsauffassung eine materialistische genannt wird, so hat sie mit dem besagten Materialismus nichts außer dem Namen gemein.

Versteht man unter dem Materialismus die gänzliche Unterordnung des Geistes unter die Gesetze der Materie, so darf die materialistische Geschichtsauffassung nicht mit der Ansicht verwechselt werden, die in Mißversteherung der tatsächlichen Zusammenhänge verkündet, daß der Gang der menschlichen Geschichte einzig und allein von den wirtschaftlichen Bedingungen abhängig sei. Der Name unserer Geschichtsauffassung könnte zu einem solchen falschen Schlusse verleiten, als ob nur materielle Dinge auf die Geschichte einwirken und die Gesellschaft vorwärts treiben. Eine solche Ansicht hat weder Marx noch Engels vertreten. Beide wandten sich immer gegen derartige Argumente. Die tieferschürfenden Ausführungen über Ludwig Feuerbach befreien von dem Verdacht, Marx habe zu seiner Geschichtsauffassung einen groben Materialismus angewandt. Marx sagt an einer Stelle, „der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus . . . ist, daß er den Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit nur unter der Form des Objekts oder der Anschauung gefaßt wird; nicht aber als menschliche sinnliche Tätigkeit, Praxis, nicht subjektiv. Daher geschah es, daß die tätige Seite im Gegensatz zum Materialismus vom Idealismus entwickelt wurde . . .“ Wenn Kollege Blum eine Synthese der beiden Richtungen verlangt, so hat Marx selbst den Mangel beider Ansichten erkannt, und seine Geschichtsauffassung auf dieser Erkenntnis aufgebaut. Wir brauchen nicht erst Möglichkeiten einer Vereinigung der guten Seiten beider Anschauungen zu suchen. Gegen die urteilslose Übernahme des Materialismus bewahrte ihn die Tatsache, aus der Hegelschen Schule hervor zu kommen, in der ja dem Geist oder der Idee die Hauptkraft zur Entfaltung der Gesellschaft zugesprochen wird. Die gründliche Kenntnis der Hegelschen Philosophie konnte die Meister des wissenschaftlichen Sozialismus nicht auf den Standpunkt eines starren Materialismus bringen. Wird die Geschichtsauffassung eine materialistische genannt, so nur in dem Zusammenhange, was die Begründer zu ihrer Zeit unter Materialismus verstanden. Engels klärt dies in seinem Ludwig Feuerbach in folgender Form: . . . man entschloß sich, jede idealistische Schulle unbarmerzig zum Opfer zu bringen, die sich mit den, in ihrem eigenen Zusammenhang und in keinem phantastischen, aufgefaßten Tatsachen in Einklang bringen ließen. Und weiter heißt Materialismus überhaupt nichts.“ Diese Feststellung dürfte schon genügen, die materialistische Geschichtsauffassung von den Angriffen zu befreien, die sie gerne als eine auf einseitigem Materialismus aufgebaute Theorie hinstellen möchten. Nichts ist weiter von dem historischen Materialismus entfernt, als die Auslegung, welche nur die wirtschaftlichen Kräfte als treibende Momente ansieht. Eine solche Theorie wäre nichts anderes, als naturwissenschaftlichen Materialismus auf die Gesellschaft übertragen, und besonders auf den Gang der Geschichte angewandt. Ebenso unbrauchbar

erwies sich die Dialektik Hegels in der von ihm geprägten Form, die doch die Idee unabhängig von den gesellschaftlichen Einflüssen entfallen läßt. Marx nahm die bekannte Umstülpung vor, ohne dabei dem Materialismus die Tore zu öffnen. Marx und Engels haben nie die Bedeutung der Idee bezeugt, konnten aber auch nie zu einer Überschätzung derselben gelangen. Ihre Untersuchungen gingen nie darauf hinaus, die Idee als Begriff zu kritisieren, denn daß Ideen in der Geschichte wirken, darüber war niemand im Zweifel. Was im Mittelpunkt ihrer Theorie steht, ist die Fragestellung, warum zu dieser und jener Zeit ganz bestimmte Ideen auftauchten. Die Hegelsche Dialektik, die die geschichtliche Entwicklung in der Selbstentfaltung des Begriffes sieht, und die Idee bei einem gewissen Reifegrad in den Köpfen der Menschen entstehen läßt, zeigte in der Anwendung auf die Geschichte ungeheure Mängel. Der Marxismus führt diese Gedankengänge zu Ende, indem seine Begründer auf Grund jahrelanger systematischer Geschichtsforschung fanden, „daß die letzte Ursache der Veränderungen der Ideen in den Veränderungen der ökonomischen Bedingungen zu suchen sind, unter denen die Menschen leben“. Diese Erkenntnis bildet die Grundlage der materialistischen Geschichtsauffassung. Die Geschichte wird demnach nicht nur von ökonomischen Dingen vorwärts getrieben, sondern die Idee, als wirkende Kraft, kommt in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis zu diesen.

Diese Geschichtsmethode bildet einen Hauptpfeiler des gesamten wissenschaftlichen Sozialismus, baute doch Marx seine Betrachtungen über die kapitalistische Wirtschaftsweise auf dieser Erkenntnis auf. Die Notwendigkeit des proletarischen Klassenkampfes kann nur mittels des historischen Materialismus begründet werden. Schon vor Marx erkannte die klassische Ökonomie, daß in der Wirtschaft Profite erzielt werden, woraus dann die Forderung der Utopisten nach Besserung dieser ungerechten Gesellschaft entstand. Daß das Proletariat sich selbst befreien muß, ist die Folgerung von Marx, und steht diese nicht im engsten Zusammenhange mit der materialistischen Geschichtsauffassung? Die Geschichtsmethode ist ein Produkt des kapitalistischen Zeitalters. Sie zu widerlegen ist bis jetzt niemand gelungen, zudem gar keine Ursache besteht, eine Anschauung, die sich in der Praxis bestens bewährt, umzuwerfen und zu erneuern durch Anschauungen, die längst überwunden sind. So lange die bestehende Gesellschaftsordnung nicht beseitigt ist, behalten die von Marx gefundenen Gesetze ihre Gültigkeit, und ob in einer kommenden Gesellschaft die Geschichtserklärung einer Revision bedarf, darüber zu diskutieren ist sicherlich noch etwas zu früh. Auch unsere Auffassung ist, wie alles, zeitlich gebunden, sie hat ihre volle Gültigkeit in Gesellschaftsordnungen, die auf dem Privateigentum am Produktionsmittel beruhen. Sie kann nicht ungebunden auf Zustände, die noch kein Privateigentum kennen, noch auf kommende, die es überbrückt haben, übertragen werden. Dies ist aber für die Anwendung unter den gegebenen Umständen unwesentlich.

Was festgehalten werden muß, und vom Kollegen Blum der Begründung bedarf, ist die Meinung, daß die materialistische Geschichtsauffassung nicht richtig sei. Als Beweis führt er nur die Anmerkung, daß er schon lange Jahre Kritiken in den sozialistischen Monatsheften verfolgt. Solche Probleme lassen sich nicht durch Denkarbeit im Studierzimmer erledigen, sondern der historische Materialismus lebt und stirbt in der praktischen Anwendung. Zeigt sich in der Praxis, daß die Lehre unhaltbar ist, dann gilt es, sie zu überwinden und nicht, wenn irgendein Philosoph einen Satz zum anhalten findet und glaubt, nun das ganze Gebäude niederreißen zu können. Eine derartige große Klutt zwischen Theorie und Praxis, daß die Theorie zur Unwahrheit wird, kann bis zum Tage niemand der materialistischen Geschichtsauffassung nachweisen, wird doch selbst der Kreis bürgerlicher Gelehrter, die unsere Anschauung für ihre Geschichtsbetrachtungen anwenden, immer größer. Oder haben sich die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse dergestalt verändert, daß eine Theorie, die im Frühkapitalismus und für die ganze Geschichte zuvor galt,

plötzlich ohne Ursachen unbrauchbar geworden sei? Oder sind Ursachen vorhanden, die zur Änderung der Geschichtserklärung zwingen? Etwa die Tatsache, daß auch überzeugte Marxisten Reden halten, die von einer großen Idee getragen sind, also einen idealistischen Anstrich haben? Die Tatsache, daß bedeutende Führer der Arbeiterbewegung, auch Marx und besonders Engels, für eine Idee geworben haben, für die Befreiung des Proletariats, ist doch nicht, wie Kollege Blum meint, ein Beweis dafür, daß Klassenkampf mit Idealismus vereinbar ist, sondern ein Beweis dafür, daß die materialistische Geschichtsauffassung und damit ihre Begründer, die Rolle der Idee im Gesellschaftsleben nicht unterschätzt haben.

Zu bezweifeln ist die Behauptung, daß weite Kreise der Arbeiterschaft von streng marxistischer Grundeinstellung abgekommen sind. Im Gegenteil dürfte zutreffen, daß der Marxismus, der bisher von den Arbeitern mehr gefühlsmäßig erfaßt wurde, dank der besonders nach dem Kriege ausgeprägten Bildungsarbeit von Gewerkschaft und Partei, immer mehr zur Verständsache wird.

Wenn auch einzelne Sätze, die aus nicht vollständig übersichtbaren Wirtschaftsverhältnissen entstanden sind, mit den Jahren einer Revision unterzogen werden müßten, so hat der Marxismus als Wissenschaft doch allen Anstürmen standgehalten. In seinem Werke schreibt Karl Kautsky die stolzen Worte: Kein Jahrzehnt vergeht ohne „Krise des Marxismus“, kein Jahr ohne zahlreiche „endgültige“ Widerlegungen des Marxismus, kein Jahr auch ohne Fehler und Inkonsistenzen einzelner Marxisten — die größte Gefahr für unsere Lehre. Trotzdem lebt sie fort, von Jahr zu Jahr gewaltiger als je. Sie hat Prüfungen der Praxis ebensowenig zu scheuen, wie die der Wissenschaft.

Interessant erscheinen in diesem Zusammenhang die Ausführungen des bürgerlichen Professors Schmalenbach, die er in einem Vortrage über Wirtschaftsumgestaltung innerhalb des Kapitalismus machte. Wenn er da den Satz ausspricht „Was ist es dann im Grunde genommen anders, als die Erfüllung der Voraussagen des großen Sozialisten Marx, die wir erleben? Seine Vorstellungen von der Zukunft sind es, die wir sich erfüllen sehen.“ Unter solchen Umständen soll es zutreffen, was Kollege Blum meint, daß weite Kreise der Arbeiterschaft vom strengen Marxismus abzurücken? Diese Behauptung zu glauben, wird sich so leicht niemand finden. Wenn als Beweis die Anarchisten und Syndikalisten herangezogen werden (Kollege Blum zieht ebenfalls die Kommunisten zu den von der Marxschen Grundeinstellung abgekommenen, wozu ich allerdings nicht den Mut aufbringe), so kann man ohne demagogisch zu werden sagen, daß dieser Vergleich nie seine Begründung erhalten wird. Als ob es nicht schon zurzeit Marx' diese Gruppen gegeben hätte, als ob sich die Meister mit diesen Theorien nicht auseinandergesetzt hätten. Oder trifft es etwa zu, daß diese Grüppchen von Tag zu Tag wachsen, und bald diese große sozialistische Bewegung über den Schnabel nehmen? Mit solchen Argumenten kann man ganz bestimmt keinem aufgeklärten Arbeiter bange machen. Die Gewerkschafts- wie Parteibewegung tut auch in Zukunft gut, wenn sie sich in ihren Grundsätzen von solchen Gruppen gar nicht beeinflussen läßt. Für den bisherigen Kampf waren sie kein Hindernis, und nun sollen sie trotz allem Aufstieg der sozialistischen Arbeiterbewegung als Beweis einer Abwanderung von streng marxistischen Grundsätzen herangezogen werden?

Der Marxismus bedarf keiner Änderung seiner grundsätzlichen Erkenntnisse. Einen gewaltigen Aufstieg hat die Arbeiterbewegung unter seiner Führung genommen, und nun, wo das Ziel immer näher rückt, soll die Bewegung von den strengen Grundsätzen abrücken? Eine derartige Behauptung ist nur mit einwandfreier Begründung haltbar. Die Gegner des Marxismus haben sich an ihm die Zähne ausgebissen, wollen nun auch Sozialisten dieses erfolgreiche Spiel beginnen?

W. Walter.

## Die Arbeitslosigkeit als Massen- und Dauererscheinung.

Die Aufgabe einer Wirtschaftsorganisation besteht darin, die Bedürfnisse der Gesamtheit aller Wirtschaftsangehörigen in möglichst umfassender Weise mit dem geringsten Aufwand von Kapital und Arbeitskraft zu befriedigen. Je vollkommener die Organisation der Wirtschaft ist, umso besser muß sie diese Aufgabe erfüllen. Die Vertreter des Kapitalismus behaupten, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung den dalingehenden Anforderungen entspricht. Den Beweis dafür können sie jedoch nicht erbringen. Die moderne Produktion hat zwar eine Leistungsfähigkeit erreicht, die alles von früheren Wirtschaftsorganisationen geleistete weit hinter sich läßt und von der festgestellt werden kann, daß sie alle auftretenden gesellschaftlichen Bedürfnisse restlos zu befriedigen vermag. Soweit dazu die vorhandenen Produktionsmittel nicht ausreichen, steht technisch nichts im Wege, sie nach Belieben zu vermehren und zur Anwendung zu bringen. Roh-

stoffe und Arbeitskräfte sind dazu in ausreichendem Maße vorhanden. Von einer Befriedigung des wirtschaftlichen Bedarfs ist aber nichts zu bemerken. Sie besteht ausreichend und sogar darüber hinaus nur für einen verhältnismäßig kleinen Teil der Wirtschaftsangehörigen, während die übrig bleibende große Masse sich für ihren Lebensunterhalt auf das Notwendigste einschränken muß.

Die Folge dieses in den Besitzverhältnissen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung begründeten Zustandes ist, daß Produktionsfähigkeit und Verbrauch zueinander in einem ständig zunehmenden Mißverhältnis stehen. An Bedarf nach den Erzeugnissen der Industrie fehlt es auch bei den minderbemittelten Volksschichten nicht. Hier gäbe es genug und sehr berechnete Wünsche zu erfüllen. Könnte es geschehen, so wäre die Industrie in der Lage, sich zur höchsten Leistungsfähigkeit zu entwickeln sowie alle zur Verfügung stehenden Produktionsmittel und Arbeitskräfte in Anwendung zu bringen. Statt dessen beobachten wir das Gegenteil. Die Industrie, wie die mit ihr verwandten Gewerbe, sind zwar bemüht, ihre Leistungsfähigkeit fortgesetzt sowohl nach der technischen wie organisatorischen Seite zu vervollkommen. Besonders in den letzten Jahren sind in dieser Richtung durch die sogenannte Rationalisierung der Betriebe außerordentliche Fortschritte erzielt worden. Die Produktionsfähigkeit wurde in erheblichem Umfang, teilweise um das drei- und vierfache gesteigert, womit zugleich eine beträchtliche Herabsetzung der Produktionskosten verbunden war.

Eine Auswirkung dieser wirtschaftlichen Umwälzung in Form einer Senkung der Warenpreise hat jedoch nur in sehr beschränktem Umfang stattgefunden. Überwiegend, und zwar soweit Waren für den Massenverbrauch in Betracht kommen, sind entweder die Preise gleichgeblieben oder haben sogar eine Erhöhung erfahren. Diese Preissteigerung hält auch jetzt noch an. Das Ergebnis ist, daß sich das Mißverhältnis zwischen Produktionsfähigkeit und Kaufkraft fortgesetzt verschärft. Die Verbesserung der Produktionsmittel gestattet, mit gleichbleibenden, teilweise sogar verminderten Arbeitskräften, mehr Waren zu erzeugen. Demgegenüber ist die im günstigsten Falle gleich gebliebene Kaufkraft der Massen ohne wesentliche Preissenkung außerstande, dieses Mehr an Waren abzunehmen. Da sich die Unternehmer zu einer Preissenkung nicht verstehen wollen, wird die Produktion nur im bisherigen Umfang mit weniger Arbeitskräften fortgeführt. Die überflüssig gewordenen Arbeitskräfte aber fliegen auf die Straße. Damit wird ihre Kaufkraft noch weiter herabgedrückt, was von neuem zur Verminderung der Produktion und weiteren Vermehrung der Arbeitslosen beiträgt.

In diesen Vorgängen haben wir neben den Auswirkungen der durch den Krieg geschaffenen sonstigen Störungen des Wirtschaftslebens, die Ursache der seit Jahren zu beobachtenden ungeheuren Arbeitslosigkeit, die nur verhältnismäßig geringe Schwankungen aufweist, Millionen von Arbeitskräften zur Untätigkeit verurteilt und diesen Zustand zu einem dauernden zu machen droht. Daß die mit der kapitalistischen Entwicklung verbundene technische Umwälzung Arbeitslosigkeit verursacht und eine industrielle Reservearmee schafft, ist bekannt. Was wir als Rationalisierung bezeichnen, ist aber nichts neues, sondern ein Vorgang, der sich innerhalb der kapitalistischen Produktion seit ihren Anfängen vollzieht und sich, solange der Kartell- und Trustmonopolismus nicht alle Länder und Völker unter seine Herrschaft gebracht hat, unausgesetzt vollziehen muß. Schon Marx hat in seinem „Kapital“ darauf hingewiesen indem er sagt: „Die moderne Industrie betrachtet die vorhandene Form des Produktionsprozesses nie als endgültig. Ihre technische Basis ist daher revolutionär, während die aller früheren Produktionsweisen wesentlich konservativ war. Durch Maschinerie, chemische Prozesse und andere Methoden wälzt sie beständig mit der technischen Grundlage der Produktion die Funktionen der Arbeiter und die gesellschaftlichen Kombinationen des Arbeitsprozesses um. Sie revolutioniert damit ebenso beständig die Teilung der Arbeit im Innern der Gesellschaft und schleudert unaufhörlich die Kapitalmassen und Arbeitermassen aus einem Produktionszweig in den anderen.“

Und doch ist gegenüber dem früheren, von Marx festgestellten und dem gegenwärtig bestehenden Verhältnissen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise ein Unterschied vorhanden, der nicht unbeachtet bleiben darf. Solange noch für die Industrie das Prinzip des freien Wettbewerbs Geltung hatte, war das Ergebnis der sich vollziehenden technischen Umwälzung in der Hauptsache eine Verschiebung der Arbeitskräfte. Ausgesondert und zu dauernder Arbeitslosigkeit verurteilt wurden nur die Minderleistungs- und Anpassungsunfähigen. Im übrigen bewirkte die Verbesserung der Produktion eine Senkung der Preise, die in Verbindung mit den erfolgreichen Bestrebungen der Gewerkschaften auf Erhöhung der Löhne ein langsames Steigen der Kaufkraft der Massen und so wieder eine verstärkte Nachfrage nach Waren hervorrief, wodurch neue Ar-

beitsgelegenheit für die an anderer Stelle freigebliebenen Arbeitskräfte veranlaßt wurde. So konnte sich — wie die fortgesetzte Zunahme der industriell Beschäftigten beweist — der Arbeitsmarkt und die Nachfrage nach Arbeitskräften ständig erweitern. Das führte dazu, daß in Deutschland in den letzten Vorkriegsjahren die industrielle Reservearmee fast völlig aufgesogen wurde, obgleich die deutsche Industrie über eine Million ausländische Arbeitskräfte beschäftigte.

Gegenwärtig ergibt sich ein wesentlich anderes Bild, das durch das Vorhandensein von über 1 Million Arbeitsloser genügend illustriert wird. Wie bereits bemerkt, tragen zu dem Bestehen dieser Massenarbeitslosigkeit sehr wesentlich die Nachwirkungen des Kriegs bei. Der Weltmarkt ist ein anderer geworden, die Kaufkraft der Bevölkerung hat bei allen Nationen, mit Ausnahme Amerikas, eine Abnahme erfahren. Die Arbeitslosigkeit bildet so eine internationale Massenerscheinung, wurden doch Ende Februar d. J. in 16 Ländern, einschließlich den Vereinigten Staaten über 8 Millionen Arbeitslose gezählt. Am stärksten zeigt sie sich in den europäischen Ländern, wobei Deutschland zu der angegebenen Zeit mit rund 2 Millionen Arbeitsloser an der Spitze stand. Diese Arbeitslosigkeit ist in den letzten Jahren, trotz verhältnismäßig günstiger Wirtschaftskonjunktur nahezu konstant geblieben. Nur in den kurzen Sommermonaten ging sie zurück, um alsbald mit dem Beginn der kälteren Jahreszeit wieder anzusteigen.

In diesem Zustande haben wir es in sehr erheblichem Umfang mit den Wirkungen der Rationalisierung zu tun, die aber im Gegensatz zu früheren technischen Umwälzungen in Industrie und Gewerbe ausschließlich auf Kosten der Arbeiter erfolgt. Der Monopolismus der Kartelle und Trusts hat die ehemals vorhandenen wirtschaftlichen Antriebskräfte zum sehr erheblichen Teil ausgeschaltet. Die von den Unternehmerkartellen betriebene Hochhaltung der Warenpreise sowie die Niedrighaltung der Löhne läßt eine Steigerung der Kaufkraft der Verbrauchermassen nicht zu. Unter diesen Umständen kann sich die Wirtschaft nur äußerst langsam erholen. Der Ausgleich zwischen Produktion und Nachfrage wird verhindert und schließlich so die Massenarbeitslosigkeit zur Dauererscheinung. Dieser wirtschaftliche Widerspruch darf nicht aufrecht erhalten bleiben. Sind es doch zum größten Teil vollwertige Arbeitskräfte, die von der wirtschaftlichen Tätigkeit ferngehalten werden. Ihre Wiedereinreihung in den Produktionsprozeß gehört zu den wichtigsten gewerkschaftlichen und politischen Aufgaben.

## Sinnlose Lohnerhöhungen!

Während die Unternehmer auf ihren Tagungen, in ihren Geschäftsberichten oder wo sonst sie ihre Weisheiten von sich geben, nach einheitlichem Schema bewegte Klagelieder über die hohen Löhne anstimmen, müssen Arbeiter, Angestellte und Beamte aller Schichten immer wieder feststellen, daß alle Lohnerhöhungen ihnen nichts helfen, daß alle Lohnerhöhungen nichts weiter sind, als eine Anpassung an die meist noch in höherem Ausmaß gestiegenen Preise aller Bedarfsartikel. Auch im Unternehmerlager häufen sich die Stimmen, die sich dafür einsetzen, daß wir die Dinge so nicht weiter treiben lassen dürfen.

So hat kürzlich Prof. Dr. Carl Oppenheimer (Berlin), sich in einem Aufsatz der „Vossischen Zeitung“ mit diesem Problem auseinandergesetzt. Er stellt einleitend fest, daß heute jeder Lohnerhöhung mit automatischer Selbstverständlichkeit eine Preiserhöhung folgt, von der zuerst die Rohprodukte, dann die Halbfabrikate und Transportmittel und schließlich die Bedarfsartikel erfaßt werden. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten haben dadurch von der erzielten Lohnerhöhung nichts, der Sinn der zahlenmäßigen Lohnerhöhung wird völlig ausgelöscht und nach einer mehr oder minder langen Respektsfrist geht die Sache von neuem vor sich, die Schraube dreht sich wieder um eine Drehung weiter. Durch alle diese Lohnerhöhungen hat sich daher für die Arbeiter, Angestellten und Beamten kaum etwas gebessert. Darüber hinaus ist das Heer der Rentner, der freien Berufs usw. in seiner Kaufkraft geschwächt worden, die Kleinhändler können weniger umsetzen und deshalb auch nur weniger von ihren Lieferanten beziehen, damit sinkt auch deren Kaufkraft und verkleinert weiter den Markt. Als Ergebnis dieser papierenen Lohnerhöhungen bleibt einzig und allein ein Rückgang der Konjunktur, der nach Ansicht des Verfassers schließlich dahin führen muß, daß wir zu Lohnkämpfen mit umgekehrtem Vorzeichen, d. h. gewaltsamem Abbau mit dann rapide sinkenden Umsätzen kommen.

Wir stehen mitten in einer solchen Preiswelle. Nach den Kohlenpreisen sollen die Eisenpreise, die Eisenbahntarife neuerdings erhöht werden. Es ist sinnlos, von Rationalisierung und Normung zu reden, wenn diese Worte über das rein Technische hinaus nicht den Sinn haben, die Waren wesentlich billiger herzustellen als vorher. An sich werden die Waren mit Hilfe von verbesserten Maschinen, fließenden Bändern usw. heute bereits billiger hergestellt, trotzdem werden von Jahr zu

Jahr alle Waren teurer. Es muß, nachdem die Rationalisierung technisch durchgeführt ist, der Absatz und der Markt rationalisiert werden. Hier glaubt Prof. Dr. Oppenheimer zunächst in allen Betrieben einen geradezu verheerenden Leerlauf feststellen zu müssen. Überall eine unendliche Schreierei, Rechnerei, Kontrolliererei und dergleichen geleistet, die ungezählte Arbeitsstunden, Räume, Licht und Material ohne Ergebnis frißt. Zum Teil sei dies nicht Schuld der überorganisierten Betriebe selbst, sondern auf die Kosten der Lohnsteuererhebung, auf die sozialen Lasten usw., auf Bestimmungen der Zolltarife, Frachtbestimmungen und dergleichen zurückzuführen. — Auf die nicht gerade neue Andeutung, daß den Unternehmern ungeheuerliche Kosten durch die Einziehung der Lohnsteuerabzüge entstehen, soll hier nicht weiter eingegangen werden. Ebenso sei die Wiederkehr des längst als unsinnig erwiesenen Schlagwortes von den sozialen Lasten in einem sonst fortschrittlichen Geist atmen den Aufsatz nur bedauert. Wichtiger aber als diese äußeren Faktoren ist der Umstand, daß für die technisch mögliche Produktion kein genügender Absatz vorhanden ist, daß die schönen modernen Anlagen nur mit halber Kraft schaffen können, so daß auf die erzeugte Gütereinheit zu hohe All-gemeinspesen kommen.

Prof. Dr. Oppenheimer weist darauf hin, daß heute in Deutschland etwa 50 Millionen Paar Schuhe jährlich hergestellt werden, so daß auf den Kopf der Bevölkerung jährlich noch nicht einmal ein Paar Schuhe entfällt. Die deutschen Unternehmer sollten endlich einsehen, daß der Arbeiter nicht nur Lohnempfänger, sondern auch Verbraucher ist. Jede Industrie sollte einsehen, daß es verkehrt ist, die eigenen Arbeiter knapp zu halten, weil dann eben auch die eigenen Produkte nicht gekauft werden können, denn selbst, wenn die eigenen Arbeiter als Käufer für die eigenen Fabrikate nicht in Frage kommen, so sind doch alle anderen Käufer ebenfalls an dieses Gesetz gebunden. Der Gastwirt wie der Arzt, der Briefträger wie der Regierungsrat sind infolge der kurzzeitigen Lohnpolitik der deutschen Unternehmer in ihrer Kaufkraft geschwächt. Hohe Löhne bringen gute Konjunktur, wie man in den Vereinigten Staaten längst erkannt hat, wenn man auch dort das Prinzip übertreibt und infolgedessen zurzeit einen Rückschlag erlebt. Gewiß können nur solche Werke bei hohen Löhnen billig arbeiten, die technisch auf der Höhe stehen und dadurch den Anteil des Lohnes am Herstellungspreise senken können. Wir besitzen aber in Deutschland zahlreiche solcher Werke und trotzdem steigen die Reallohne nicht. Der Verfasser untersucht die Gründe für diese auffällige Erscheinung und kommt zu dem Ergebnis, daß neben weniger wichtigen Gründen, wie ungünstige Standorte, mangelhafte Leitung einzelner Werke, vor allen Dingen die Kartelle, die nur die Verteilung und Preisbildung regulieren, vertuernd wirken, da die unrationellsten Betriebe den Warenpreis bestimmen, an falscher Stelle, mit veraltetten Maschinen usw. arbeitende, nicht leistungsfähige Fabriken künstlich am Leben erhalten werden. Wegen der Existenz dieser absterbenden Betriebe und wegen des verengerten Marktes arbeiten selbst die modernsten Großbetriebe nur mit einem Umsatz, der ihnen nicht gestattet, ihre Leistungsfähigkeit voll auszunutzen.

Prof. Oppenheimer bezeichnet es als die wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft, gegen diese durchaus antiwirtschaftliche Form der Preisbindung durch Kartellzwang anzukämpfen. Damit würden dann auch diese vorsintflutlichen Unternehmungen, die keine Existenzberechtigung mehr haben, verschwinden. In der deutschen Automobilindustrie, wo kein Preiskartell mehr besteht, ist seit 3 Jahren das Verschwinden einer großen Anzahl von Firmen, die oft nur nebenbei ein paar hundert Automobile im Jahre bauten, zu verzeichnen und gleichzeitig ein Preisrückgang von etwa 30 Proz. erfolgt. Als weitere Möglichkeit, einen gewaltig gesteigerten Binnenmarkt zu schaffen, wird neben der Beseitigung aller Preisbindungen vorzügliche Belegung des Baumarktes gefordert. Vom Baumarkt hängen alle Industrien ab und wenn junge Paare Wohnungen bekommen können, so nehmen sie selbstverständlich hunderte von Dingen aus dem Markt.

Als letzte ganz große Aufgabe bezeichnet Prof. Oppenheimer die Lösung der Agrarkrise. Die Industrie sollte dazu beitragen, diese ungeheuer wichtige Frage zuerst zu entpolitisieren, um sie dann zu lösen. Eine zahlenmäßig durch Siedlung verstärkte und kaufkräftige Schicht von Urproduzenten würde allen Industrien einen stabilen Markt geben. Schon in der Übergangszeit würde die Lösung der Agrarkrise durch die Anforderungen an Straßen, Energie, Maschinen, Düngemitteln usw. eine gewaltige Konjunktur mit sich bringen.

Wo immer sich Wissenschaftler voraussetzungslos mit diesem Problem befassen, müssen sie wie hier zu der Erkenntnis kommen:

*Hat der Arbeiter Geld, hat es alle Welt!*

Wenn die Unternehmersyndizal und andere in Solde der Unternehmer stehende Wissenschaftler zu anderen Erkenntnissen kommen, so weiß jeder denkende Arbeiter, was er von einer solchen Wis-

senschaft und von solchen Methoden zu halten hat. Mit Herrn Prof. Dr. Oppenheimer sind wir jedenfalls darin einig, daß es nicht mehr lange möglich sein wird, die Dinge treiben zu lassen. Von einem Appell an die nach seiner Ansicht „vielfach und vielfach mit Recht gerühmte“ Weitsicht unserer Industrieführer und Bankherren, versprechen wir uns allerdings nichts.

Der neue Reichstag wird mit Verschärfung der Kartellaufsicht und Beseitigung der Preisbindungen die ersten Schritte tun müssen, um die Unternehmer zu einer vernünftigen Lohn- und Preispolitik zu zwingen.

*Julius Fries.*

## Die „Treppe nach oben“.

Selbst die berufsmäßigen Pessimisten im Unternehmerlager, die die Gegenwart und die nächste Zukunft der Wirtschaft unentwegt kohlrabenschwarz malen, sehen sich von Zeit zu Zeit genötigt, für die ferne und fernste Zukunft eine Besserung anzusetzen. Gewöhnliche Menschen, die sich nicht hauptsächlich mit der Abwehr von Lohnforderungen beschäftigen müssen, sind mit guten Gründen der Ansicht, daß sich schon jetzt etwas machen ließe, wenn nur eine halbwegs vernünftige Wirtschaftspolitik getrieben würde.

Daß die Linie der wirtschaftlichen Entwicklung im allgemeinen nach oben zeigt, steht wohl fest. Seit hundert Jahren entfaltet sich die Wirtschaft in noch nie dagewesener Weise. Alles spricht dafür, daß wir nicht am Ende, sondern in den Anfängen einer Entwicklung stehen und daß auch die Arbeiterschaft mehr als früher am allgemeinen Fortschritt teilnehmen wird.

Man kann versuchen, auf Grund langer Erfahrungen sich ein Bild von der weiteren Entwicklung der Wirtschaft zu machen. Die übliche Vorstellung dürfte sein: Eine mehr oder minder steil ansteigende Wellenlinie mit Konjunkturbergen und Krisentälern, wie sie uns aus der Vergangenheit bekannt ist. Felix Pinner, ein angesehenem demokratischer Wirtschaftsschriftsteller, stellt sich die Sache so vor: Die Wirtschaft steigt eine Treppe hinauf. Aber sie muß sich — scheinbar ist sie etwas asthmatisch — nach einigen Stufen ver-schnaufen und sich auf einem Treppenabsatz ausruhen, bevor sie wieder weiterklettern kann. Pinner ist also schon der Ansicht, daß die kommende gebundene Wirtschaft den Konjunkturrückschlag immer mehr ausschalten kann und nur noch mit dem Konjunkturstillstand — dem Treppenabsatz — wird rechnen müssen. Er wirft aber den Gewerkschaften vor, daß sie der Wirtschaft die notwendigen Atempausen nicht gönnen, und sie unentwegt emporhetzen, so daß sie eines Tages vielleicht vor Erschöpfung mausetot umfällt. Oder — um bei der wirtschaftlichen Alltagssprache zu bleiben — „es darf sich nicht die Regel herausbilden, daß nach jedem Ablauftermin für Tarifverträge so und soviel Prozent Lohnaufschlag bewilligt werden müssen. Es wird von Zeit zu Zeit auf dieser „Treppe nach oben“ Absätze geben müssen, auf denen die Wirtschaft zum Ausgleich und zur Neuordnung ihrer Kräfte sich wieder einmal sammeln kann.“

Dieser Ansicht ist Pinner, obwohl er kurz vorher der gewerkschaftlichen Wirtschaftsauffassung ein bemerkenswertes Zugeständnis macht: „Der sich ständig erweiternde und verbessernde Produktionsapparat müßte wirtschaftlich sinnlos und fruchtlos bleiben, wenn er nicht für einen sich ebenso ständig erweiternden Verbrauch arbeiten könnte. Diesen Verbrauch vermag ihm aber nichts zu gewährleisten als die wachsende Massenkauferkraft. Die große Entdeckung der letzten Periode der kapitalistischen Großwirtschaft war die Entdeckung des Arbeiters als Konsumenten, ja als des Hauptkonsumenten, ohne den der hochentwickelte Produktionsprozeß der modernen Wirtschaft nicht bestehen und nicht fruchtbar werden kann.“

Pinner meint, daß man sich auch in Deutschland allgemein bis an die Schwelle dieser Erkenntnis vorgearbeitet habe, und daß es nur noch wenige rückständige Schichten des Unternehmertums gebe, die von dieser Erkenntnis noch gar keinen Hauch verspürt hätten. Aber die Wirklichkeit sieht immer noch so aus: Der einzelne Unternehmer schaut vor jeder Lohnerhöhung als einer Erhöhung seiner Gestehungskosten zurück. Eine vermehrte Kaufkraft seiner Belegschaft kommt ja seinem Unternehmen nicht oder nur in verschwindendem Ausmaß zugute. Die Sorge für die Hebung der Kaufkraft läßt darum jeder Unternehmer oder jede Unternehmergruppe den anderen. Die Folge ist, daß sie überhaupt unterbleibt, soweit dies von den Unternehmern allein abhängt. Damit unterbleibt aber auch die Voraussetzung eines jeden wirtschaftlichen Aufstieges, die Hebung der allgemeinen Kaufkraft. „So sehen die Unternehmer, meint Pinner, zwar schon das neue Problem, aber sie fallen immer wieder in ihre alten Traditionen und Taktiken zurück, wenn sie handeln und gewähren sollen.“

Das heißt doch, daß das Unternehmertum von den Gewerkschaften zur volkswirtschaftlichen Raison gezwungen werden muß. Solange die einzelwirtschaftliche Organisation der Wirtschaft besteht, wird der Unternehmer versuchen, auf seinem Lohnkonto Gestehungskosten zu sparen und sich weigern, auf seine Kosten für Steigerung der

Nachfrage in anderen Wirtschaftszweigen zu sorgen. So wird das Unternehmertum als Ganzes an der „Schwelle der Erkenntnis“ stehen bleiben, wenn es nicht von der Arbeiterschaft den Trittbrettl hält, der es über die Schwelle befördert. Erst in dem Maße, in dem die freie Wirtschaft abgebaut wird und einer gebundenen Wirtschaft Platz macht, können dann die Grundlagen für eine gesündere Volkswirtschaftspolitik geschaffen werden.

Die „Entdeckung des Arbeiters als Konsumenten“ ist aber erst dann vollständig, wenn man auch die Rolle der Kaufkraft für den wirtschaftlichen Fortschritt erkannt hat. Es ist eine gar nicht zu bestreitende Tatsache, daß die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft viel größer ist, als ihre Ausnützung. Sie kann nicht zur Entfaltung kommen, weil es an kaufkräftigen Abnehmern für die Erzeugung fehlt. Jeder Versuch einer Steigerung der Produktion und Vergrößerung des Produktionsapparates ohne vorhergehende Erweiterung der Aufnahmefähigkeit des Marktes wäre sinnlose Verschwendung. Man würde, wie Tarnow, der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes sagte, statt Brot zu backen, Backöfen bauen, obwohl schon genug vorhanden sind. Der Anstoß muß darum von der Seite des Verbrauchers ausgehen. Der Produktionsapparat ist jederzeit imstande, der steigenden Nachfrage gerecht zu werden. Fehlt der Auftrieb der steigenden Kaufkraft, dann stockt die Wirtschaft. Um auf das Bild von der „Treppe nach oben“ zurückzukommen: Es wäre ganz verfehlt, der Wirtschaft Absätze zum Verschnaufen zu lassen. Sie soll und kann langsam aber stetig ihre Treppe emporklettern. In der Praxis würde das Unternehmertum ja doch immer versuchen, auf den Absätzen stehen zu bleiben und sich vom Klettern zu drücken. An sich wären die Verhältnisse schon reif für einen ziemlich steten Aufstieg der Wirtschaft. Wenn wir heute noch mit kleineren oder größeren Rückschlägen rechnen müssen, dann in erster Linie deshalb, weil wir kleinere oder größere Dummheiten unserer „Wirtschaftsführer“ voraussehen.

## Ergebnisse genossenschaftlicher Betriebskonzentration.

Mit Recht wurden und werden noch die horizontalen und vertikalen Betriebskonzentrationen bestaunt und als Vortruppe staatssozialistischer Wirtschaftsorganisationen bewertet. Eine der größten ihrer Art bildete der Stinneskonzern. Aber der ist bekanntermaßen auf der Höhe seiner schier unerschöpflichen Kapitalkraft — zusammengebrochen. Es stimmte etwas schon im „System“ nicht. Die volkswirtschaftliche Konjunktur ist eben doch nicht aus einer Wurzel zu konstruieren und zu beeinflussen; der Kräfte sind allzu mannigfaltige, die einander gegenüberstehen, sich durchkreuzen und den Fall von hohen „Kothurn“ herab vorbereiten. Denn die Achillesferse der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise bildet der freie Markt der Konkurrenz und die Risikoprämie des Kapitals müssen nicht immer die Verbraucher bezahlen, manchmal auch das Kapital selbst mit seiner materialisierten Existenz industrieller Unternehmungen.

Anders die konsumgenossenschaftliche Betriebskonzentration. Voraussetzung: Organisationen von Millionen Verbraucherfamilien mit eigenem Betriebskapital. Basis: Geschlossener Markt; Wirkung: Konkurrenz minimal — Risikoprämie aufgehoben. Die Beweisführung bildet, abgesehen von den einzelnen großen Konsumgenossenschaften die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg als wirtschaftliche und finanzielle Betriebszentrale der deutschen Konsumgenossenschaften. Ihre rund 1200 Genossenschaften mit 3 Millionen Familien werden von der Zentrale aus durch organisatorisch verbundene Wirtschaftskanäle mit Handelsware und Erzeugnissen eigener Produktion versorgt. Der Apparat ist auf ein Minimum vereinfacht, riesige Reklamkosten der Privatwirtschaft fallen weg mit dem freien Markt der Konkurrenz — die genossenschaftliche Wirtschaftszentrale ist unerschütterlich, wächst jedes Jahr in schnellerem Tempo, nützt dem Verbraucher und der Volkswirtschaft; scheidet Kapitalprofit und Risikoprämie aus, Geschlossener Markt.

Die Großeinkaufsgesellschaft erzielte im Jahre 1927 373,04 Mill. Mk. Warenumsatz (1926: 294,17 Mill. Mk.; 1925: 228,17 Mill. Mk.) Die Produktiv-abteilungen lieferten 65,14 Mill. Mk. (45,68 bzw. 35,34 Mill. Mk.) Also genossenschaftliche Zentralproduktion in stark steigendem Maße. Die Betriebskonzentration erfaßt 4 Gruppen: A. Lebensmittel und Genußmittel, B. Bedarfsartikel, C. Textilwaren, D. Beteiligung an Produktionsbetrieben in Kommandit mit späterer Übernahme in eigene Betriebsführung. Bilanzergebnis: 3,76 Mill. Mk. Überschuß nach Abschreibungen im Betrag von 7,75 Mill. Mk. an Grundstücken, Inventar, Maschinen und Transportmitteln. Verteilung des Überschusses: 5 Proz. Kapitalzinsen mit 454 111 Mk., den „Rest“ von 3 505 000 Mk. an sechs Reservefonds. Die offenen Reserven sind damit auf 13,8 Mill. Mk. angewachsen bei einem eingezahlten Stammkapital von 9,5 Mill. Mk. Die 76,5 Mill. und 25,5 Mill. Mk. Warenkreditoren (50 Mill. Mk. Mo-

natumsatz!) sind gedeckt durch 59 Mill. Mk. flüssige Mittel, 17,4 Mill. Mk. Warenbestände und 32 Mill. Mk. Außenstände bei den Konsumgenossenschaften; in Summa 108 Mill. Mk. gegen 100 Mill. Mark Bankeinlagen und Warenkreditoren. Also eine mehr als 100prozentige Deckung.

Den finanziellen Bewegungsfaktor bildet eine eigene Bankabteilung mit einem Gesamtumsatz von 2,54 Milliarden im Jahre 1927. (1913: 1 Milliarde, 1924: 915,5 Millionen, 1925: 1,70 Milliarden, 1926: 1,85 Milliarden.)

Bei diesem glänzenden Stand aller Dinge begreift man, daß die konsumgenossenschaftliche Wirtschafts-, Finanz- und Betriebskonzentration der privatkapitalistischen unbedingt überlegen ist; daß sie 10 Millionen-Objekte wie die Oldenburger Fleischwarenfabrik, an der das Privatkapital 8 Mill. Mk. Risikoprämie verlor, mühelos verdaut. Es ist zwar nur ein verhältnismäßig kleines Stück der gesamtdeutschen Volkswirtschaft, welches hier skizziert ist, aber es befindet sich in Händen der genossenschaftlich organisierten Verbraucher und — sein — Wesen entscheidet. Es ist die antikapitalistische Betriebskonzentration und Volkswirtschaft. Von höchstem Interesse und Nutzen für Wirtschaft und Kultur.

## Betriebsvereinbarung und Tarifvertrag.

Der Streit über die Bedeutung der Betriebsvereinbarung neben dem Tarifvertrag ist trotz jahrelanger Auseinandersetzungen immer noch unentschieden. Gerade diejenigen Arbeitsrechtler, die für den Ausbau des kollektiven Arbeitsrechts hervorragend tätig sind, wie Ministerialrat Dr. Flatow sowie Dr. Pothoff und vor allem auch Prof. Dr. Sinzheimer vertreten die Ansicht, daß auch die Betriebsvereinbarung ebenso wie der Tarifvertrag unmittelbare und unabdingbare Wirkung hat. Die Gewerkschaften vertreten diese Ansicht durchaus nicht, sondern haben sich von allem Anfang an der Auffassung sämtlicher anderen Wissenschaftler angeschlossen, daß die Betriebsvereinbarung immer nur eine moralische Wirkung zwischen Arbeitgeber und Betriebsvertretung auslösen kann, daß dagegen die Belegschaftsangehörigen nicht gebunden werden. Warum diese Ansicht insbesondere von den Gewerkschaften vertreten werden muß, kann in dieser Darstellung nicht erörtert werden, weil es zu weit führen würde. Es sei auf die Artikel von Nörpel in der „Gewerkschafts-Zeitung“ 1925, Nr. 21, S. 299 und Nr. 27 S. 357 verwiesen.

Jedoch ist dieser Streit in besonderer Weise neuerdings durch zwei Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts wieder aktuell geworden.

In einem Urteil vom 21. Dezember 1927 hat das Reichsarbeitsgericht dem Sinne nach entschieden, daß die Regelung der Entlohnung durch Betriebsvereinbarung neben der Regelung durch Tarifvertrag rechtsunwirksam ist. Die Zustimmung der Mehrheit der Belegschaft in der Betriebsversammlung zu einer derartigen Betriebsvereinbarung sei für die Belegschaftsangehörigen nicht bindend. Damit vertritt das Reichsarbeitsgericht anscheinend genau dieselbe Ansicht, die auch von den Gewerkschaften vertreten wird. Jedoch geht das Reichsarbeitsgericht noch weiter, indem es erklärt, daß neben der Regelung durch Tarifvertrag eine Regelung durch Betriebsvereinbarung überhaupt unwirksam sei. Diese weitgehende Auffassung erscheint jedoch grundsätzlich nicht richtig. Allerdings hatte im vorliegenden Streitfall eine Betriebsvertretung trotz bestehendem Tarifvertrag eine Entlohnung vereinbart, die hinter den Sätzen des Tarifvertrages zurückgeblieben ist. Eine derartige Vereinbarung ist jedoch bereits infolge der Unabdingbarkeit des Tarifvertrages nichtig, so daß die Streitfrage, ob neben einem Tarifvertrag eine Betriebsvereinbarung überhaupt rechtsunwirksam sein kann, gar nicht mehr zu entscheiden gewesen ist.

In einem weiteren Urteil vom 1. Februar 1928 hatte dann das Reichsarbeitsgericht dazu Stellung zu nehmen, ob durch Betriebsvereinbarung gegenüber dem Tarifvertrag günstigere Arbeitsbedingungen vereinbart werden können. Das Reichsarbeitsgericht ist der unmittelbaren Beantwortung der Frage aus dem Wege gegangen und hat nur beiläufig darauf verwiesen, daß eine Betriebsvereinbarung dann unwirksam ist, wenn an ihre Stelle tarifliche Bestimmungen getreten sind. Der Streitfall lag aber so, daß der Tarifvertrag die Löhne zwar geregelt hat, daß aber durch Betriebsvereinbarung für einen bestimmten Betrieb eine günstigere betriebliche Regelung, also eine höhere Entlohnung als die Tarifvertrag vorsah, vereinbart worden war. Nach allgemeiner herrschender Auffassung enthalten die Tarifverträge immer nur Mindestbestimmungen, so daß kein Streit darüber entstehen kann, daß, allerdings nur ohne Anwendung von Kampfmaßnahmen, günstigere Abreden mit einzelnen Arbeitern oder einzelnen Belegschaften getroffen werden können. Solche Abreden können auch in einer Betriebsvereinbarung getroffen werden. Da die Betriebsvereinbarung aber weder unmittelbare noch unabdingbare Wirkung hat, sondern nur den Arbeitgeber und die Betriebsvertretung moralisch bindet, kommt alles

darauf an, ob der Arbeitgeber auf Grund der Betriebsvereinbarung den Arbeitern gegenüber die günstigeren Bedingungen erfüllt hat. Ist das aber der Fall, dann kommt es gar nicht mehr darauf an, ob durch Betriebsvereinbarung bessere Arbeitsbedingungen als die Tarifvertrag vorsieht, vereinbart werden können, ebensowenig ob es eine Nachwirkung der Betriebsvereinbarung gibt. Maßgebend ist vielmehr, daß die besseren Arbeitsbedingungen Inhalt der Arbeitsverträge geworden sind. Nach § 1 der Tarifvertragsverordnung ist es zulässig, soweit das im Tarifvertrag nicht ausdrücklich ausgeschlossen ist, daß diese besseren Arbeitsbedingungen im Arbeitsvertrag vereinbart werden können. Dieselben können dann aber nur durch die Änderung der Arbeitsverträge wieder beseitigt werden, wozu eine Vereinbarung mit den Arbeitern oder die Aufkündigung der Arbeitsverträge notwendig ist. Daneben kommt der Betriebsvereinbarung keinerlei rechtliche Bedeutung zu. — Auf diese Rechtslage ist das Reichsarbeitsgericht in beiden Entscheidungen gar nicht eingegangen, sondern es hat stets nur die Betriebsvereinbarung zugrunde gelegt und in beiden Fällen festgestellt, daß es neben dem Tarifvertrag über die in demselben geregelten Angelegenheiten eine rechtswirksame Betriebsvereinbarung nicht mehr gibt. Darauf kommt es aber gar nicht an, sondern im ersten Falle, wo die Betriebsvereinbarung ungünstiger war als der Tarifvertrag, konnten die Arbeitsverträge niemals ungünstiger sein als der Tarifvertrag vorsah. Schon aus diesem Grunde allein waren die Maßnahmen des Arbeitgebers gegenüber seinen Arbeitern rechtsunwirksam.

In dem zweiten Falle, wo die Betriebsvereinbarung günstigere Arbeitsbedingungen vorsah als der Tarifvertrag, waren die günstigeren Bedingungen in die Einzelarbeitsverträge übergegangen und es kam nur auf die Feststellung an, ob die Einzelarbeitsverträge rechtswirksam geändert bzw. aufgelöst worden waren, was nicht der Fall gewesen ist.

Beide Male wäre das Reichsarbeitsgericht zu vollkommen richtigen Ergebnissen gekommen, wenn es nicht die nur moralische Wirkung der Betriebsvereinbarung, sondern den Inhalt der Arbeitsverträge zur Grundlage seiner Entscheidung gemacht hätte. Da durch diese unrichtige Stellungnahme des höchsten Gerichtes in Arbeits-sachen die Verwirrung über die Bedeutung der Betriebsvereinbarung, die an sich schon besteht, noch größer geworden ist, ist es dringend notwendig, daß die Gewerkschaften und Gewerkschaftsfunktionäre bei erneuten Streitigkeiten vor den Arbeitsgerichtsbehörden auf die durchaus verschiedene Bedeutung des Tarifvertrages einerseits und der Betriebsvereinbarung andererseits hinweisen. Man darf niemals Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung miteinander vergleichen. Der Vergleich ist immer nur zwischen Tarifvertrag und Arbeitsvertrag möglich. Nur im Tarifvertrag und im Arbeitsvertrag sind die Rechtswirkungen begründet. Ist der Arbeitsvertrag günstiger als der Tarifvertrag, dann tritt er in vollem Umfange gültig. Ist der Arbeitsvertrag ungünstiger als der Tarifvertrag, dann treten an die Stelle der ungünstigeren Bestimmungen die Bestimmungen des Tarifvertrages. Nur auf diese Gegenüberstellung und diese Feststellung kommt es an.

## Der Unfall auf dem Heimwege. Wann wird eine Unfallschädigung gewährt?

Mit der Einfügung des § 545 a in die Reichsversicherungsordnung ist eine alte Forderung der Arbeiter erfüllt worden. Er bestimmt, daß als Beschäftigung in einem der Versicherung unterliegenden Betriebe auch der mit der Beschäftigung in diesem Betriebe zusammenhängende Weg nach und von der Arbeitsstätte gilt. Dieser Paragraph hat aber nicht alle Eventualitäten des Lebens umrissen, so daß all die problematischen Fälle durch die Rechtsprechung eine Klärung erfahren mußten.

Eine große Streitfrage war u. a. auch die, wo der versicherungspflichtige Weg beginnt bzw. endet. Das Reichsversicherungsamt hat in dieser Frage wie folgt entschieden: Wenn die Treppe als Bestandteil der Wohnung anzusehen ist, gehört sie nicht mehr zum versicherungspflichtigen Wege nach und von der Arbeitsstätte. Und zwar endet dann der Weg von der Arbeitsstätte mit dem Betreten des häuslichen Wirkungskreises. Die Treppe gehört nicht mehr zum versicherungspflichtigen Wege, wenn die Haustüre zugleich die Wohnungstüre ist und der versicherten Person das alleinige Benutzungs- und Verfügungsrecht zusteht. Die Treppe wird in diesem Falle als ein Bestandteil der Wohnung angesehen. Und erfolgt der Unfall auf der Treppe, die als Bestandteil der Wohnung angesehen wird, so ist der Unfall in einer für sich abgeschlossenen Wohnung eingetreten und die Person, die den Unfall erlitt, befand sich nicht mehr auf dem Wege von der Arbeitsstätte. Ein Anspruch auf Entschädigung steht dann den Unfallverletzten nicht zu. Ist dagegen der Unfall auf der Treppe eingetreten, die nicht als Bestandteil einer Wohnung angesehen wird, z. B. die

Treppen einer Mietskaserne, dann ist der Unfall entschädigungspflichtig.

Eine weitere Streitfrage ist auch die, ob eine Unterbrechung des Heimweges von der Arbeitsstelle den Zusammenhang mit dem Betriebe löst. Das Reichsversicherungsamt hat dahin entschieden, daß durch eine kurze Unterbrechung des Heimweges, nach den Anschauungen des Lebens, der Zusammenhang mit dem Betriebe nicht gelöst wird, so z. B. wenn der Weg durch den Einkauf von Lebensmitteln in einem Kolonialwarengeschäft unterbrochen wird. Durch eine solche Unterbrechung hat damit die Versicherung nicht aufgehört und der weitere Weg muß als der mit der Beschäftigung im Betriebe zusammenhängende Weg von der Arbeitsstätte angesehen werden. Dagegen hat sich das Reichsversicherungsamt dahin ausgesprochen, daß der Gang von der Arbeitsstelle damit endet, wenn er auf eine längere Zeit unterbrochen wird, z. B. durch eine längere Einker in einem Wirtshaus. Wird nach einer längeren Zeit der Heimweg fortgesetzt und ereignet sich nunmehr ein Unfall, so ist dieser Unfall nicht mehr entschädigungspflichtig. Aber nicht jeder Aufenthalt im Wirtshaus auf dem Heimwege von der Arbeitsstelle beendet den versicherungspflichtigen Weg und zwar dann nicht, wenn der Aufenthalt dazu benutzt wurde, um eine Erfrischung einzunehmen. Allerdings darf dieser Aufenthalt einen erheblichen Zeitraum nicht übersteigen. War dies der Fall und hat sich nun bei der Fortsetzung des Weges ein Unfall zugetragen, so ist dieser Unfall ohne weiteres entschädigungspflichtig.

L. P.

## Weltbeglückung mit Photomaton.

Wir haben schon einiges über den amerikanischen Photographieautomaten gebracht, so daß die Kollegen informiert sind. Die Sache soll jetzt in Schwung kommen, wie der Londoner Korrespondent der „Industrie- und Handels-Zeitung“ berichtet. Danach soll die Siemens & Halske A.-G. mit einem englischen Konsortium ein Abkommen geschlossen haben, neue Anlagen in Berlin zu errichten, die im kommenden Oktober bis zu 1000 Photomaten-Apparate monatlich herstellen werden. — Wie es den Anschein hat, soll die Sache gleich groß aufgezogen werden. Folgendes wird über die Finanzierung vom gleichen Korrespondenten mitgeteilt:

Clarence Hatry, der noch in den Kriegsjahren ein bescheidenes Dasein als Versicherungsmakler fristete, nach dem Kriege mit verhängnisvollen Ergebnissen für die englische Anlegerwelt großzügige Fusionen in den Glas- und Juteindustrien Großbritanniens durchführte, sein Emissionshaus des Namens Commercial Bank of London, Limited, elend verkrachen ließ und sich dann aus Gesundheitsrücksichten auf mehrere Jahre ins Privatleben zurückzog, ist seit einiger Zeit wieder stark auf der Bildfläche. Er machte zuerst von sich reden, als plötzlich eine Corporation u. General Securities, Limited, in das stark unfechtene Emissionsgeschäft für englische Städte- und Kommunalanleihen eindrang und durch scharfe Unterbietung mehrere, seit Jahrzehnten in dieser Richtung tätige Häuser so gut wie ausschaltete. Dann trat Hatry plötzlich als der führende Geist hinter der Fusionsbewegung im Waren- und Konfektionshauswesen hervor, gründete den Drapery Trust, der in Gemeinschaft mit der Debenham-Gruppe heute über 50 Betriebe beherrscht und errichtete auch weitere Finanzgesellschaften, durch deren häufiges Ineinandergreifen bei allen Transaktionen, in die er verwickelt ist, es überaus schwierig geworden ist, sich von dem Umfange seines Einflusses ein klares Bild zu machen. Auch dem Londoner Verkehrstrust hat er zeitweise durch Kauf und Verschmelzung kleinerer Konkurrenzunternehmen im Omnibusverkehr (Public Omnibus Co. Ltd.) ins Handwerk gefupst.

Sein jüngstes Spielzeug heißt Photomaton, eine amerikanische Erfindung, die die Aufnahme von 8 Lichtbildern in 20 Sekunden und die Lieferung der fertigen Abzüge in 8 Minuten zuläßt. Künstlerischen Wert hat die Erfindung nicht, da infolge der unmittelbaren Aufnahme auf das lichtempfindliche Papier Spiegelbilder geliefert werden, die sich auch zu Paßzwecken und für die Kriminalistik nicht eignen. Aber die Volksphantasie scheint von Photomaton ergriffen worden zu sein. Wenigstens wird fierherhaft daran geschritten, diesen zivilisatorischen Fortschritt auch den Indern und Chinesen zugänglich zu machen.

Photomaton Parent Corporation, Limited (Kapital 1,45 Mill. Pf. St. in 5 Schilling Aktien, die zu 13 Schilling 9 Pence an der Londoner Börse eingeführt wurden und heute 16 Schilling notieren) ist der Kernpunkt. Vorerst wurden von Photomaton Incorporated, New York, die Weltverwertungsrechte (ausschließlich U. S. A. und Rußland) erworben, zusammen mit einem Drittel der Aktien der amerikanischen Gesellschaft, die Ende 1927 noch mit den keineswegs vollkommenen Apparaten experimentierte. Der Präsident der amerikanischen Gesellschaft, deren Arbeitsfeld anscheinend fortan mit europäischem Kapital ausgebaut werden soll, sitzt in der Person des Generals Robert

C. Davis im Aufsichtsrat der Londoner Parent Corporation. In Gemeinschaft mit dem anglo-indischen Großhandelshaus E. D. Sassoon & Co. Ltd. soll über die Far Eastern Photomat Corporation, Limited (Kanadische Gesellschaft mit 4 Mill. Aktien ohne Nennwert) auch ganz Mittel- und Ostasien sowie Ägypten mit Photomaton beglückt werden. Für Nordengland und Nordirland wird die Photomaton (Lancashire & Midland) Limited mit 300 000 Pfd. St. Kapital errichtet. Überall hat die Photomaton Parent Corporation bzw. Herr Clarence Hatry und Konsorten an der Gründung groß verdient und sich ständige Einnahmen aus dem Verkauf der Apparate und des lichtempfindlichen Papiers gesichert. Von den 7,2 Millionen Aktien der Parent Gesellschaft gingen nämlich 5,6 Millionen als Kaufpreis für Verfahren und Rechte an die Photomaton, Limited und Photomaton (International) Limited, (Kapital je 175 000 Pfd. St. gänzlich im Besitz der Hatry-Gruppe) über. Was an Parent Aktien an der Londoner Börse untergebracht werden konnte bzw. noch in Amsterdam und Berlin abgesetzt werden soll, bedeutet für Hatry 300 Proz. Kursgewinn; was er erhält, muß ihm in späteren Jahren, nachdem der Großteil aller Gewinne bei der Parent Co. zusammenläuft, eine schöne Rente liefern. Man hat seinen bisherigen Gewinn auf über 4 Mill. Pfund geschätzt. Und diese Ziffer berücksichtigt noch nichts aus dem Konsortialabkommen mit Lazard-Speyer-Ellissen und Gebr. Teixeira de Mattos.

Diese Konsorten planen die sofortige Errichtung der Continental Photomaton Corporation, Limited, mit einem Kapital von 1 Mill. Pfd. St. in 5 Schilling-Aktien. Auch dürfen bis zu 5 Mill. Pfund 6proz. Schuldscheine ausgegeben werden. Der Kaufpreis für das Recht, das Verfahren in Deutschland, den Niederlanden, der Schweiz, Österreich, Ungarn, der Tschechoslowakei, Rumänien, Polen und Finnland ausbeuten zu dürfen, beträgt 250 000 Pfund in bar, zahlbar an die Parent Corporation. Diese behält sich ferner vor, die Apparate (vorerst einmal 1000 nicht unter je 1000 Pfund frei Berlin) zu liefern und ist einzige Bezugsquelle für das lichtempfindliche Papier (zu 6 Pfd. St. je Rolle von 1000 Fuß) und die Entwicklungsmittel (mit 12½ Proz. Gewinn über Selbstkostenpreis). Das Konsortium übernimmt die ganzen 4 Mill. Aktien der Continental Gesellschaft zum Nennwert und einsteuert 500 000 Pfund Schuldscheine zu 90; die Schuldscheine zu 95, und 1 Mill. Aktien (nicht unter 6 Schilling) werden in Amsterdam (und vielleicht auch London) ausgegeben. 3 Mill. Aktien gehen an den Austin Friars Trust, Limited (Decknamen für Clarence Hatry), wogegen dieser 1,25 Mill. Parent Aktien zu 12 Schilling hergibt, die gleichfalls 1 Schilling unter Londoner Parität in Amsterdam eingeführt werden sollen. Die Garanten der Schuldscheine- und Aktiengabe der Continental-Gesellschaft erhalten 2½ bzw. 7½ Proz. Kommission.

**Jena.**

I.

Eine Kampftagung wird der diesjährige Verbandstag nicht, darauf deutet schon die ungewöhnlich schwache Diskussion in unserem Verbandsorgan hin. Schwach deshalb, weil wir von früher her mehr Anteilnahme unserer Kollegen-schaft feststellen konnten. Bis heute hörten wir nur Stimmen über die ziemlich nebensächliche Frage, ob die nicht gewählten Verbandsvorstands- und Beiratsmitglieder in Zukunft auf den Verbandstagen Stimmrecht haben sollen oder nicht. Außerdem ein ganz deplacierter Angriff auf unsere „Graphische Technik“, die als Gegenüberung eine warme Verteidigung auslöste.

Es wird kaum der Mühe wert sein, daß sich über die erste Frage die Delegierten auf dem Verbandstage die Köpfe heiß reden und an die Beteiligung der „Graphischen Technik“ wird kaum einer im Ernst denken. Vielleicht wird es etwas lebhafter bei der Diskussion der Proteste Düsseldorf und Stuttgart gegen die Veröffentlichung des Wahlauftrags in der „Gr. Pr.“ Diese Proteste bemängeln, daß dieser Aufruf für die Sozialdemokratische Partei und gegen die Kommunistische Partei Stellung genommen hat. Weshalb sich die Kommunisten darüber aufregen, ist eigentlich unverständlich. Jahraus, jahrein beschimpft die kommunistische Presse die freie Gewerkschaftsbewegung. In einer Entschleierung der roten Gewerkschafts-Internationale werden die Gewerkschafter, die nicht der Kommunistischen Partei angehören, als Streikbrecher und Agenten des Kapitals bezeichnet und es hat in Deutschland bisher keinen Kommunisten und kein kommunistisches Organ gegeben, die von der bodenlosen Gemeinheit abgerückt wären. Daß die deutschen freien Gewerkschaften, in deren Reihen Hunderttausende sind, die ihr ganzes Leben für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse geopfert und die unzähligen Verfolgungen und Maßregelungen der Unternehmer auf sich genommen haben, auf eine Stufe mit den größten Schuften gestellt werden, ist ein besonderes Verdienst der Kommunisten, und wenn die Kommunisten das schon wahr haben wollen, weshalb dann dieses Gejammer, wenn diese „Streikbrecher“ von ihnen abrücken.

Es kommt aber noch weit schlimmeres dazu. Die deutsche Arbeiterklasse hat in diesem Frühjahr die schwersten Lohnkämpfe auszutragen gehabt. Millionenfach stand sie im Streik oder war sie ausgesperrt. Während die Presse des Gegners einheitlich das Unternehmerinteresse zurzeit der Kämpfe wahrte, waren es die Kommunisten im Lager der Arbeiter, die jede einheitliche und geschlossene Kampfführung zu durchbrechen versuchten, ihre eigenen Parolen herausgaben, die Arbeiter in Gegensatz zu den kämpfenden Gewerkschaften zu bringen versuchten, sie hier zum Weiterstreiken aufforderten, in anderen Fällen sie aus den Betrieben herauszuholen versuchten, trotzdem die beteiligten Gewerkschaften das nicht wollten. Die Kommunisten werden so wirklich zu Helfershelfern der Unternehmer, darüber hilft ihnen kein Verrätergeschrei hinweg. Ihre Presse treibt es sogar so toll, daß ihre eigenen Funktionäre in den Gewerkschaften gegen sie Stellung nehmen mußten. Wenn das schon ihre eigenen Funktionäre tun, weshalb wollen sie es nun den freien Gewerkschaften verübeln.

II.

Der Verbandstag wird seine Hauptzeit aber darauf verwenden, ernste Arbeit im Dienste der Gesamtkollegen-schaft zu verrichten. Es gilt nicht nur Rückschau zu halten über das Geschehene, sondern insbesondere den Blick voraus zu richten auf das, was wir zu tun haben. Niemand wird behaupten wollen, daß es nichts zu ändern, nichts zu bessern am Gesamtkörper des Verbandes gibt und die kritische Sonde nicht angelegt werden müßte. Nach jahrzehntelangen Kämpfen, in denen die Arbeitszeit unter gewaltigen Opfern Viertelstunde um Viertelstunde in der Woche herabgesetzt wurde, gelang es der deutschen Arbeiterschaft im November 1918 den Achtstundentag zu erobern. Ging es auch für einen großen Teil als Folge der Inflation verloren, so gelang es doch unserem Verbands, ihn für alle Berufsgruppen zu erhalten. Das war ein erfreuliches Zeichen von Kampfeslust, als die Kollegen Anfang 1924 einmütig den durch das Reichsarbeitsministerium sanktionierten Tarifbruch der Unternehmer auf Verlängerung der Arbeitszeit abwehrten. Um so bedauerlicher ist es, daß der Achtstundentag in vielen Fällen von den Kollegen über Bord geworfen wurde, nur um den freien Sonnabendnachmittag zu erreichen. Man lief einem Schagwort nach, ohne zu bedenken, was man für die Zukunft verdarb. Dieses Verhalten verfälscht den Kampf um den freien Sonnabendnachmittag, der zwar vollumfänglich ist, aber nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit geschaffen werden darf. Der freie Sonnabendnachmittag wurde zwar erreicht, aber unter Opferung von 5 freien Spätnachmittagen von Montags bis Freitags. Denn wenn nicht die Gesetze für Jugendliche und weibliche Arbeiter auf das größtmögliche verletzt werden sollen, Schutzgesetze, die schon seit 50 Jahren bestehen, dann bedeutet die Verlängerung der Arbeitszeit über den Achtstundentag nicht nur die halbe Stunde Arbeit, sondern auch die Verlängerung der Mittagspause von einer halben auf eine ganze Stunde und Einfügung einer Viertelstunde Vesperpause. Der Feierabend schiebt sich also um 1½ Stunde hinaus und das soll ein Gewinn sein? Die Leipziger Mitgliedschaft hat zu dieser Frage einen Antrag eingebracht, der hoffentlich vom Verbandstag angenommen wird und dann die Voraussetzung schafft, daß die gemachten Fehler wieder ausgebessert werden.

Es ist vielfach die falsche Auffassung verbreitet, als ob hierüber die Vertretung der Belegschaft oder die Belegschaft als Ganzes zu entscheiden habe. So lange die einzelnen Verbände ihre eigenen Tarifverträge haben, ist es Aufgabe der Verbände allein, über Auslegung und Durchführung der einzelnen Positionen zu entscheiden. Ein Dritter kann hierüber unmöglich mitbestimmen. Diese Selbstverständlichkeit hat das Reichsarbeitsgericht in einem Urteil vom 30. April 1928 noch unterstrichen, indem es betonte:

„Die Betriebsvertretung ist gegenüber einer tarifvertraglichen Regelung der Arbeitszeit nicht zum Abschluß einer Betriebsvereinbarung über die Arbeitszeit befugt.“

Die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit zugunsten des freien Sonnabendnachmittags birgt aber neben einer Anzahl kleinerer Scherereien noch eine andere Gefahr in sich. War seit dem Jahre 1889 der Kampf der klassenbewußten Arbeiterschaft der Achtstundentag, so müssen wir für die Zukunft den Siebenstundentag fordern! Denn in der Zwischenzeit hat die Produktivität der Arbeitskräfte in gewaltigem Ausmaß zugenommen und die Zahl der Arbeitslosen in der Welt will von Millionen und Abermillionen nicht mehr herunterkommen. Rund die Hälfte unserer Kollegen hatten schon vor dem Kriege die achtstündige Arbeitszeit und Kollege Haß hat bei den letzten Tarifverhandlungen den Unternehmern ganz eindeutig gesagt, wenn die übrige Arbeiterschaft den Achtstundentag haben wird, müssen wir eine kürzere Arbeitszeit haben. Jawohl, dafür gilt es zu sorgen, darauf haben wir uns vorzubereiten und unsere Kräfte einzustellen! Dazu brauchen wir auch den Willen der Kollegenschaft und es ist selbstverständlich, daß dieser Kampf um die Ver-

kürzung der Arbeitszeit wieder ganz systematisch um Stunde für Stunde pro Woche geführt werden muß. Und es ist ebenso sicher, daß diese Verkürzung zunächst an Sonnabenden eintreten muß. Es geht also dann um den wirklichen freien Sonnabendnachmittag, der von der englischen Arbeiterschaft zu reichlich 50 Proz. erreicht ist. Und aus Amerika kommen bereits Nachrichten von der Fünftageweche, mit einer Gesamtarbeitszeit von 40 Stunden. Der faule Tausch der verlängerten täglichen Arbeitszeit um das „Weekend“ ist also nur ein Ausweichen und bedeutet von vornherein die Flinte ins Korn geworfen.

III.

Eine bedenkliche Erscheinung in unserem Verbandsleben zeigt sich auch in einer Anzahl Anträge auf Unterstützungserhöhungen; bedenklich deshalb, weil die Tendenz stark zu einem Versicherungsverein hinneigt. Es ist sicher menschlich begreiflich, wenn die Antragsteller dadurch den Bedürftigen helfend beispringen wollen, aber wir dürfen auf keinen Fall vergessen, daß unsere Unterstützungseinrichtungen doch höchstens eine schwache Beihilfe zu den Sozialversicherungen sein können. Wollten wir mehr tun, müßten wir den Kampfcharakter preisgeben und unsere Beiträge ganz wesentlich in die Höhe schrauben. Auf keinen Fall dürfen wir uns dazu verfahren lassen, die Unterstützungssätze so hoch zu setzen, daß wir in einigen Jahren gezwungen sind, sie zu verringern, weil sie einfach nicht durchgehalten werden können. Wir waren bereits einmal in dieser Zwangslage und es wird gut sein, uns vor einer Wiederholung zu bewahren. Wir haben infolge der „Reinigungskrise“, die von den Unternehmern zur Reinigung ihrer Betriebe von den Alten benutzt wurde, eine außerordentlich starke Zunahme von Invaliden, unsere Rechnung muß aber so sein, daß diese Zunahme noch stärker sein kann und trotzdem jedem seine Unterstützung gesichert ist. Das erscheint mir wertvoller als jede gefühlsmäßige Einstellung. Wir haben in unserm Verbands seit längerer Zeit einen Krankensatz, der erschreckend hoch ist. Da am stärksten die Nervenkrankheiten vertreten sind, ist als Ursache die äußerste Anspannung der Arbeitskraft leicht zu erkennen. Auch die Arbeitslosigkeit ist groß; der Unterstützungsbezug wird in den meisten Fällen erschöpft. Alle Hauptzweige unserer Unterstützungseinrichtungen sind also scharf angespannt, so daß eine Erhöhung nicht zu tragen ist. Wir haben als ein Glied der Arbeiterklasse, in deren Reihen auf dem politischen Kampfboden für eine Verbesserung der sozialen Versicherungen uns einzusetzen. Wir können unmöglich dem Staat und der Gesellschaft ihre Verpflichtungen den sozial Schwachen gegenüber abnehmen, wir können in verhältnismäßig geringem Ausmaß helfend beispringen.

Eine Erhöhung des Beitrages ist schon infolge der scharfen Mandspruchnahme unserer Unterstützungseinrichtungen notwendig, sie muß aber im wesentlichen zur Stärkung unserer Kampfkraft verwendet werden. Es gibt keine bessere Verwendung unserer Beiträge, als die letztere. Sie sind ein starkes Mittel, um unsere Position den Unternehmern gegenüber zu halten und auszubauen. Vor dem Kriege sagte einmal ein Unternehmer zu mir: „die Beiträge für ihre Verbandskasse bezahlen wir, denn die Geschlossenheit der Gehilfen zwingt uns zu höheren Löhnen“. Es wäre nur wünschenswert, daß jeder Kollege in unseren Reihen diese Erkenntnis hätte, denn nichts ist richtiger als der Anspruch dieses Unternehmers.

IV.

Wir haben im Laufe der Jahre in unserem Verbands schon reichlich die Frage des Zwangstarifes und der Zwangsorganisation diskutiert. Aus unseren beiden Haupttarifen verschwand dieser Begriff im Laufe der Zeit, doch wurde die Zwangsorganisation im vergangenen Jahr im Chemigraphenarif wieder verankert. Trotz einiger Vorteile bin ich von jeder Gegner davon gewesen. Heute ist sie aber für die Gehilfen zum mindesten sinnlos. Nicht nur, daß die Zeit ohne Zwangstarif bewiesen hat, daß die Gehilfen diese Form der Mitgliedergewinnung entbehren können, ist heute auf Grund des § 84 Abs. 1 des Betriebsrätegesetzes, die zwangsweise Einreihung von Außenseitern so gut wie unmöglich. Entlassungen dürfen wegen des Beitritts zur Gehilfenorganisation von den Unternehmern nicht vorgenommen werden, nur bei Neueinstellungen könnte sich die Zwangsorganisation auswirken. Aber letzten Endes bedeutet der gegenwärtige Zustand doch nur, daß der Außenseiter zum Außenseiter geht und schließlich alles beim alten bleibt. Für die Unternehmer bedeutet der Zwangstarif sicher keine Hemmung, während aber für die Gehilfen solche dann bestehen, wenn sie bei nicht organisierten Unternehmern, die besser bezahlen — und das kommt häufig vor — Stellung annehmen. Für uns ist also nichts zu gewinnen, höchstens zu verlieren. Auch hierzu hat die Leipziger Mitgliedschaft einen Antrag dem Verbandstag unterbreitet und ich hoffe, daß er sich ihm zu eigen macht.

V.

Ein bedeutsamer Punkt unserer Tagesordnung erscheint mir in 3a „Das neue Arbeitsrecht und

seine Bedeutung". Das Arbeitsrecht ist keine einheitliche Materie. Wir finden es zerstreut in der Gewerbeordnung, dem Bürgerlichen Gesetzbuch, der Verordnung über Tarifverträge, Arbeitszeitverordnung, Schlichtungsverordnungen mit einer Unzahl von Ausführungsbestimmungen, AGG usw. Es wird eine dankbare Aufgabe des Referenten sein, den Delegierten des Verbandstages diesen an sich trockenen Stoff näher zu bringen und besonders die Bedeutung der Anwendung und weitest Ausnützung der Gesetze klar zu machen. Besonders das Schlichtungswesen in seiner heutigen Verfassung, hat von allen Seiten in den letzten Jahren starke Anfechtungen erfahren. Die seine absolute Beseitigung wollen, schütten das Kind mit dem Bade aus. Ganz zweifellos kann ein großer Teil der Arbeiter das Schlichtungsverfahren nicht entbehren. Wir brauchen nur auf jene Gewerbe hinzuweisen, wo in dem Betrieb zumeist nur 1-2 Personen beschäftigt sind und auch dort wo die Arbeiterschaft noch schwach organisiert ist. Auch in anderen Fällen kann es notwendig werden. Unhaltbar ist sicher der heutige Zustand und zwar das Zwangsschlichtungsverfahren, das durch die Abwägung von Arbeitskämpfen das Koalitionsrecht aufhebt. Diese Auslieferung des wichtigsten Rechts des Arbeiters an einen einzelnen wurde erst im Oktober 1923, in Verbindung mit den Ausführungsbestimmungen des Reichsarbeitsministeriums vom Dezember 1923 in der Schlichtungsverordnung verankert. Diese Maßnahmen wirken sich einseitig zu Ungunsten der Arbeiterklasse aus, denn wenn die Gewerkschaften sich gegen einen solchen Zwangstarif wehren, ist es sofort möglich, sie schadenersatzpflichtig zu machen, ihnen durch eine einstweilige Verfügung die Kasse sperren zu lassen und sie so niederzuringen. Die Unternehmer dagegen brauchen nur zur Betriebsstilllegung zu greifen, wie wir es ja in den unmittelbaren hinter uns liegenden Kämpfen des öfteren erlebt haben. Sie greifen also nicht zur Form der Aussperrung, d. h. dem offenen Kampf, um nicht dem Druck des Zwangstarifs unterworfen zu werden. Durch Stilllegungen schließt man die Betriebe, um dann durch Neueinstellungen eine Reihe von Verschlechterungen den Arbeitern aufzuhalten. Wenn der Verbandstag den Leipziger Antrag hierzu annimmt, so hat er zwar nicht die Schlichtungsordnung geändert, aber dem Bundesvorstand seinen Willen kundgetan und wir haben ein Anrecht darauf, gehört zu werden.

Christian Ferkel.

## § 36 Absatz 2.

Zu dem in der „Pr.“ Nr. 20 vom 18. Mai von H. A. erschienenen Artikel „Demokratie oder Schmach“ möchte ich mir einige Hinweise erlauben. Im Prinzip gehe ich mit H. A. zusammen, ohne jedoch für unsere Organisation seinen Schluß heute für notwendig zu halten. Mir scheint eher, daß vielfach die Verbindung und organische Entwicklung durch die Kriegsjahre unterbrochen und manches Oberwasser bekam, was sonst nicht gekommen wäre.

Wie war es früher in unserer Organisation und den anderen Verbänden? Es war Usus, daß die Angestellten und Funktionäre, die an Tagungen teilnahmen, auch Stimmrecht hatten. Allerdings gab es auch damals schon Kritiker, die gegen die schädlichen Einflüsse der Gewerkschaftsbeamten mit ihrer realen Einstellung loszogen und vom verlieren der proletarischen Gefühle und ähnlichem redeten. Es waren dies jedoch in der Hauptsache radikale Schriftsteller ohne großen Anhang. In unseren Reihen, wo es doch damals auch schon 12 Angestellte gab, war keine Neigung für diese Bestrebungen. Zu diesen Kollegen, die zum größten Teil ohne Mandat mit Stimme an dem Verbandstag teilnahmen, kamen noch die Zentralkommissionsvorsitzenden, so daß auch damals das demokratische Prinzip durchlöhrt war. Damals war eben noch mehr Verständnis für die Entwicklung vorhanden. Durch den ziemlich gleichmäßigen Fortschritt kamen eben nur solche Mitglieder zur Anstellung, die durch jahrelanges Eintreten für die Gesamtinteressen sich ein solches Ansehen erworben hatten, daß alle Angriffe und Verdächtigungen dieses Ansehen nicht untergraben konnten.

Das alles änderte sich mit der Zeit des Krieges. Der allgemeine Niedergang der moralischen Begriffe in Verbindung mit der Spaltung der politischen Bewegung und dem Zustromen großer Massen, die durch das Erlebnis des Weltkrieges ihre Lage glaubten zu erkennen, schuf für die oben erwähnten Kritiker ein fruchtbringendes Feld. Die echten Führernaturen machten aus ihrer Meinung kein Hehl und wurden dann durch die Demokratie entfernt, es kamen an ihre Stelle Radikale, denen oft die Tradition und noch andere Eigenschaften fehlten. Die Rätebewegung nach dem Krieg sah ja vor, daß jedes Jahr ein anderer angestellt werden sollte, um jenen Gefahren, die ein längeres Verweilen auf solchen gelobten Stellen, für das Empfinden und die Einstellung der Bonzen haben sollten, zu begegnen. Bei uns kam es nicht zu einer Auswirkung jener Einflüsse, nur der Beschluß von Magdeburg erinnert den Kenner daran, daß auch unsere Männer der Werk-

statt jenen Dingen entgegenkamen. Über den Wert solcher Nachgebungen läßt sich ja streiten. Da es jedoch gelungen ist, die Organisation geschlossen zu erhalten, so sei uns dieses verziehen. Sind wir doch dadurch im Besitze jener Angestellten geblieben, die schon ein Menschenalter hindurch ihre Tätigkeit im Interesse der Kollegen mit Erfolg ausübten.

Nun noch ein paar Bemerkungen zu dem demokratischen Beispiel von H. A. Er bemitleidet den Redakteur, der nur beratende Stimme hat und übersieht, daß die Redaktion eine selbständige Institution ist und demzufolge vom Hauptvorstand auch nur beraten wird. Der Redakteur ist mit seiner Tätigkeit der Gesamtmitgliedschaft und ihrer Vertretung, dem Verbandstag, Rechenschaft schuldig. Ich finde hier also keine Zweiklassigkeit, sondern eine gute Einrichtung, an der ich nichts auszusetzen habe.

Dann hat H. A. vergessen die Einrichtungen der SPD zu erwähnen; auch dort finden wir ähnliche wie bei uns. Auf den Parteitag haben die Reichs- und Landtagsabgeordneten, auch ohne Mandat Stimmrecht. Dabei handelt es sich hier um Zahlen, die direkte Majorisierungen evtl. ermöglichen, während es sich bei uns nur um beschränkte Beeinflussung des Abstimmungsergebnisses handelt.

Wenn ich mir die organisatorischen und idealen Verhältnisse der Gesamtarbeiterschaft betrachte, die ja auch in unserem Verbandsrat münden, so möchte ich schon sagen, daß mir der Kölner Beschluß immer noch als zeitgemäß erscheint und würde ich es begrüßen, wenn diese Zeilen dazu beitragen würden, daß für die nächste Zukunft es noch bei diesem Beschlusse bleibt. Später, wenn die Gesamtlage ideell sich den früheren Verhältnissen genähert hat und die Gefahr der Majorisierung bestehen sollte, bin auch ich für die von H. A. gewünschten Änderungen zu haben.

G. Münkle.

## Gautag des Gau X, Nordbayern.

Gau X (Nordbayern) hatte für den 2. und 3. Juni 1928 seinen 6. Gautag nach Nürnberg, Tagungslokal: „Theodor Körner“, einberufen.

Als Vertreter des Verbandsvorstandes nahm Verbandsvorsitzender, Kollege Haß daran teil.

Vor Eintritt in die Geschäfte widmete Gauleiter, Kollege Schatt unserem jüngst verstorbenen, treuen und überzeugten Mitkämpfer und Kollegen Joseph Meier-Durst einen würdigen Nachruf. Zum Zeichen treuen Gedenkens, erhoben sich die Versammelten von ihren Sitzen.

Die Tagesordnung sowie ein schriftlicher Bericht des Gauvorstandes lagen dem Gautag vor. Erstere war wie folgt festgelegt:

1. Bericht des Gauvorstandes mit Kassenbericht. Berichterstatte Kollege Schatt.
2. Arbeiterbildung und Lehrlingswesen. Referent Kollege Herr.
3. Vortrag: „Der Kampf der Arbeiterschaft um die wirtschaftliche und politische Macht. Referent: Kollege Haß.
4. Stellungnahme zum Verbandstag 1928. Referent Kollege Schatt.
5. Verschiedenes.

Gauvorsitzender, Kollege Schatt, gab zu Punkt 1 in einem 1½stündigen Referat Bericht über die Tätigkeit am Gauort Nürnberg-Fürth seit dem letztverflossenen Gautag, über den Kampf, welchen die Kollegenschaft sowie auch die gesamte arbeitende Bevölkerung in den letzten Jahren gegen Angriffe von der Gegenseite auf ihre gesetzlichen Rechte und ihre Menschenwürde zu führen hatte.

Ganz besonders schwierig wurde es dem einzelnen Arbeiter gemacht seinen Lohn aus eigener Kraft auch nur um ein kleines zu heben. Ohne eine geschlossene Gewerkschaft als Rückhalt ist er machtlos.

Die Lohnentwicklung für den Vorort Nürnberg zeigt für Anfang 1925 einen Durchschnittslohn der über 24 Jahre alten Gehilfen von 40 Mk. im Steindruck und 51 Mk. in der Chemigraphie.

Ende 1925 im Steindruck 54 Mk. und in der Chemigraphie 64 Mk.

Das Jahr 1926 stand völlig im Zeichen der Rationalisierung und ihrer Begleiterscheinung, erschreckender Arbeitslosigkeit. Auch 1927 hatte die Kollegenschaft unter diesen Folgen zu leiden.

Gegenwärtig ist der Durchschnittslohn einschließlich der tariflichen Zulage im Steindruck 62 Mk., in der Chemigraphie 71 Mk.

Der Verbandsleistung ist es wohl gelungen im Rahmen des Leistungslohnes das Lohnniveau wesentlich zu heben, daß aber der jetzige Lohnstand bei weitem nicht als Kulturlohn, auf welchen wir ein bestimmtes Recht haben, gelten kann, dürfte klar sein. Obwohl auch unsere Unternehmer die Leistungen der Gehilfen anerkennen, läßt der gegenwärtige Lohnstand diese Anerkennung vermissen. Die Gehilfenschaft hat längst eingesehen, daß die Leistung mit Rücksicht auf den Konkurrenzkampf und die Erhaltung der Arbeitsstätten im Bereich des möglichen liegen muß. Unmöglich ist es aber, den Bestrebungen der

Unternehmer zu folgen, die dahingehen, mit ältesten Maschinen sowie unzulänglichen Einrichtungen die gleichen Leistungen zu fordern wie modernisierte Betriebe.

In Auslegung der Bestimmungen des Tarifvertrages mußten des öfteren die Tarifschiedsgerichte in Tätigkeit treten, ganz abgesehen von den Klagen, mit denen wir uns an das zuständige Arbeitsgericht wenden mußten, um den betreffenden Kollegen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Um die Lehrlings-Überwachungskommission in Tätigkeit treten zu lassen und die Gehilfenprüfungen endlich zu ermöglichen (diese haben im verflossenen Jahr erstmalig stattgefunden), wurde nach Vereinbarung der örtlichen Vertragsparteien die Handelskammer ermächtigt, eine Prüfungskommission einzusetzen; als solche gilt die tarifliche Lehrlingskommission.

Für das Holzschnidgerwerbe wurde im März 1928 auf Antrag der Unternehmer eine Zwangsinnung für Mittelfranken errichtet. Die Innungssatzungen sind uns bis heute allerdings noch nicht bekannt, sollen aber nach Zusage des Innungs-Obermeisters uns baldigst zugestellt werden. Nach Eingang derselben muß sich die Verwaltung am Ort eingehend mit den Berufsverhältnissen im Holzschnidgerwerbe befassen, ganz besonders aber mit der Lehrlingszufuhr und -ausbildung.

In der Zeit vom 1. Vierteljahr 1925 bis Ende 1. Vierteljahr 1927, also in der schlimmsten Zeit der Rationalisierung, hat die Kollegenschaft in Nürnberg für die ausgesteuerten Arbeitslosen den Betrag von etwas über 30 000 Mk. durch Extrabearbeitung aufgebracht. — Der Mitgliederstand im Gau ist zurzeit 1120 Kollegen.

Zum Schlusse seines Berichtes betont der Referent, daß es das Hauptziel einer vorwärtsstrebenden Gewerkschaft sein muß, die Losreibung seiner Mitglieder vom Existenzminimum, die Förderung des Kulturauftriebes, denn der Arbeiter lebt nicht mehr als Individuum, wie dies in früherer Zeit der Fall war, sondern als Mensch und hat infolgedessen auch Ansprüche an das Leben als Mensch zu stellen. Um ihm dies leichter zu machen, dazu sollen unsere Bildungsbestrebungen und sonstige Veranstaltungen aller Art dienen.

Mit Ablage des Kassenberichtes schließt der Bericht des Gauvorstandes, dem Wunsche Ausdruck gebend, daß das Geschaffene der verflossenen Jahre den Kollegen nutzbringend sein möge.

Dem Bericht der Gauorte ist folgendes zu entnehmen: Kollege Hofmann berichtet für Würzburg, daß die Krisis in den Jahren 1925-27 dort keine weiteren Spuren hinterlassen hat. Die Mitgliedschaft entwickelte eine rege Tätigkeit in gewerkschaftlicher sowie auch technischer Beziehung. Redner begründet anschließend die von Würzburg zum Gautag gestellten vier Anträge.

Für Selb berichtet Kollege Sticht, daß es bei den dortigen Kollegen schmerzlich empfunden wird, daß unser Tarif dort keine Verbindlichkeit hat. Der Tarifvertrag der Porzellanarbeiter, unter welchem unsere Kollegen arbeiten müssen, entspricht keineswegs unseren Wünschen. Die am Ort sich befindlichen 25 Lehrlinge sind sämtlich Mitglieder unserer Lehrlingsabteilung.

Auch Kollege Seibt kann für Regensburg berichten, daß die kleine Zahlstelle rege gewerkschaftliche Tätigkeit entfaltet.

Nach einer regen Diskussion, welche alle Fragen des Berichtes streift und zu den Würzburger Anträgen Stellung nimmt, erhält Kollege Schatt das Schlußwort.

Hierauf Abstimmung. Die Anträge 1 und 5 werden zurückgezogen, da sich dieselben durch den Bericht des Gauvorstandes bereits erledigen. Antrag 2 wird als Material dem Gauvorstand überwiesen. Antrag 4 wird gegen die Stimmen der Würzburger Delegierten abgelehnt.

Kollege Herr brachte zu Punkt 2 in einem sorgfältig ausgearbeiteten Referat zum Ausdruck, daß das Problem der Arbeiterbildung im allgemeinen sowie der technischen Weiterbildung in den einzelnen Berufen manche harte Nuß zu knacken gab und noch geben wird. Die Ursachen sind ganz verschiedener Art: teilweise bringt die Arbeiterschaft den Bildungsbestrebungen eine gewisse Scheu entgegen, teilweise sind es die wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen, welche es ihm unmöglich erscheinen lassen, die nötigen Aufwendungen zu machen. Ein großer Teil der Kollegen aber ist eifrig bestrebt, sich ständig mit den technischen Neuerungen vertraut zu machen. Auch in unserer Jugendabteilung geht es vorwärts und nimmt das Interesse der Jungen an unseren bildenden Bestrebungen zu. Ein leuchtendes Beispiel dafür ist das 1. freigewerkschaftliche Jugendtreffen Pfingsten 1928 in Regensburg, woran rund 4000 Jugendliche teilgenommen haben. Wir können somit berechtigt sagen: „Es geht vorwärts“.

Nach einem kurzen Bericht der Gauorte zustimmende Diskussion.

Punkt 3. Verbandsvorsitzender Haß zeigte in seinem ausführlichen Referat den Weg auf, welchen die deutsche Arbeiterschaft seit Kriegsende gegangen ist und welchen sie noch weiter zu gehen hat, um zu dem gesteckten Ziel, der politischen Macht zu gelangen. Daß dies aber ohne die

wirtschaftliche Macht nicht möglich ist, wurde vom Redner einleuchtend dargelegt.

Durch die politische Zerrissenheit der Arbeiterschaft werden wir in unseren Bestrebungen gewaltig behindert, doch hoffen wir, auch dieses Hindernis zu beseitigen zum Wohle der arbeitenden Massen. Bisher ist es gelungen politische Hasardeure in unserem Verband zur Bedeutungslosigkeit zu verdammen, das wird und muß auch weiter so bleiben, denn nur so kann unsere Arbeit Früchte tragen. Kollege Haß schloß seinen Vortrag mit den Worten: „Wirtschaftliche Macht ist Grundsatz der politischen Macht und daran wollen wir festhalten“.

In Erledigung des Punktes 4 begründet Kollege Schatt unsere zum diesjährigen Verbandstag gestellten Anträge.

Als besonders weittragend betrachten wir den Antrag zur Beitragsregelung. Derselbe ist auf genauer Berechnung aufgebaut.

Im Oktober 1925 hatten wir bei einem Durchschnittslohn von 54 Mk. einen Beitrag von 2 Mk., das ist ein Siebenundzwanzigstel gleich 3,7 Proz. von Wochenlohn. Nachdem wir jetzt, 1928, einschließlich der tariflichen Zulage einen Durchschnittslohn von 62 bis 63 Mk., also plus 8—9 Mk. errechnen, dürfte, wenn wir weiter den Prozentsatz von 3,7 in Anrechnung bringen wollen, und das müssen wir, eine Beitragserhöhung um 30 Pf. das einzig richtige sein.

Betrachten wir nun unsere Unterstützungen. Im Jahre 1927 wurden, bei einer Berechnung von nur 5 Quartalen, im Durchschnitt pro Quartal an

Arbeitslosenunterstützung	35 584 Mk.
Krankenunterstützung	91 132 Mk.
Invalidenunterstützung	41 681 Mk.

ausgegeben.

Dies gibt für alle drei Unterstützungsarten zusammen einen Durchschnitt von 168 393 Mk. pro Quartal.

Rechnen wir nun die Beitragserhöhung von 30 Pf. mal rund 18 000 Mitglieder, gibt im Jahr 280 800 Mk. oder pro Quartal 70 200 Mk.

Wir schlagen nun vor, von diesem Betrage je 20 000 Mk. pro Quartal der Arbeitslosen- und Invalidenunterstützung zuzuführen, die restlichen 30 200 Mk. zur Verfügung der Hauptkasse zu stellen.

In der Diskussion herrscht Einigkeit darüber, nur die Delegation Würzburg kann der Forderung auf Beitragserhöhung keinen Geschmack abgewinnen.

Unter Punkt Verschiedenes werden noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt, dann spricht Kollege Hain (Würzburg) dem Verbands- sowie dem Gavourstehenden den Dank der Delegierten aus. — Um 14 Uhr schloß Gauleiter, Kollege Schatt, den 6. Gautag mit dem Ausdruck der Überzeugung, ein Stück Gewerkschafts- und Gemeinschaftsarbeit geleistet zu haben.

Mit einem gemeinsamen Besuch der Dürer-Ausstellung im Germanischen Museum wurde der Gautag abgeschlossen. F. Lechner.

## Ortsbericht.

**Chemnitz.** Die letzte Abstimmung über den Tarif der Lithographen und Steindruckler gibt Veranlassung, sich mit der Frage Tarif oder nicht Tarif zu beschäftigen. In der Mitgliedschaftsversammlung am 22. 6. behandelte Kollege Freudenmann die Regelung unseres Arbeitsverhältnisses durch den Tarif. Er erläuterte erst das Wesen des Vertrages, ging dann über zu dem Arbeitsvertrag. Der Arbeitsvertrag findet seine Regelung durch Rechtsnormen. Diese teilen sich ein in obrigkeitliche Rechtsnormen und Gesamtvereinbarungen. Die ersteren setzen sich zusammen aus Gesetzen, Verordnungen und sonstigen obrigkeitlichen Rechtsnormen. Tarifverträge, Arbeitsordnungen und Betriebsvereinbarungen bilden zusammen die Gesamtvereinbarungen. Das kollektive Arbeitsrecht und die Reichsverfassung grenzen die Bahn ab, in der sich der Arbeits- und Tarifvertrag bewegen muß. Die Tarifvertragsordnung stempelt das Berufsrecht, das sich die beiden Vertragsparteien gemeinsam gegeben haben zu *autonomen Recht*. Hier liegt die Bedeutung der jetzigen Tarifverträge. Der Staat legt die Gesetzgebung zur Regelung der Arbeitsverhältnisse in die Hände der beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen. Mitarbeit bedeutet aber auch Mitverantwortung. Bei einer Tarifabstimmung kann nicht die Unzufriedenheit über einen Punkt Anlaß sein, den Tarif abzulehnen. Man muß schon den Tarif etwas objektiver betrachten. Der Tarif muß uns ein wichtiges Instrument sein, um der Arbeiterschaft den Weg ins Wirtschaftsleben zu ermöglichen.

Einige Skizzen an der Wandtafel unterstützen die Ausführungen des Kollegen Freudenmann und erleichterten so das Verstehen des Vortrages. Die Kollegen erhielten dadurch einen notwendigen Einblick in die Fragen, die den Tarifvertrag betreffen, können daher leichter zu einem sachlichen Urteil kommen.

## Rundschau.

### Max Gragen 60 Jahre alt.

Am 2. Juli konnte Kollege Max Gragen, der Kassierer unserer Mitgliedschaft Berlin, sein sechzigstes Lebensjahr vollenden. Im Kreise der Gratulanten möchten auch wir vertreten sein. Denn Kollege Max Gragen ist nicht irgendwer, sondern ein Kollege, der mit seiner ganzen Kraft schon immer dem Verbands- und damit der Kollegen-schaft gedient hat. Ganz besonders aber hat sein Wirken seinen engeren Berufskollegen, den Chemigraphen gegolten, die es Max Gragen mit zuschreiben haben, daß sie heute ein gutes Organisationsverhältnis und auch ein annehmbares Arbeitsverhältnis haben. Wie schwer es auch bei den Chemigraphen war, sie für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen, davon kann Max Gragen ein Lied singen.

Aber auch sonst hat Max Gragen seine großen Verdienste um den Verband für sich. Die Kassenführung der Mitgliedschaft Berlin ein Vierteljahrhundert lang, ist an sich schon ein Werk. Welche Summe mag in dieser Zeit durch seine Hände gegangen sein? Als Angestellten des Verbandes lagen ihm natürlich auch noch andere Aufgaben ob. Den gestellten Anforderungen konnte Kollege Gragen nur gerecht werden, weil ihn körperliche und geistige Frische auszeichneten. Wir haben den besonderen Wunsch, daß Kollege Gragen auch zukünftig frohe Gesundheit beschieden sein möge. Lieber Max, wir gratulieren herzlich!

### Finanzämter und Konsumvereine.

Gegen eigenartige Methoden der Finanzämter gegenüber den Konsumvereinen richtete der Vertreter des Vorstandes des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine auf dem Dresdener Genossenschaftstag folgenden Protest:

„Das Genossenschaftsgesetz verbietet die Abgabe von Waren an Nichtmitglieder. Wir haben nichts dagegen, Schmarotzer, die das Risiko unserer Arbeit nicht mittragen wollen, sollen auch an ihren Erträgen keinen Anteil haben. Die Befreiung von der Körperschaftsteuer, hier und da auch von der Gewerbesteuer, ist aber von der Beschränkung auf den Kreis der Mitglieder abhängig gemacht. Auch dagegen haben wir nichts einzuwenden. Wir wollen gar nicht an Nichtmitglieder verkaufen, wir wehren uns mit Händen und Füßen dagegen. Das ist durch unzählige strenge Maßnahmen, welche die Vereine gegen Nichtmitglieder treffen, erwiesen. Nun lassen sich trotz Verbots durch die verantwortliche Geschäftsleitung, gegen den ausdrücklich ausgesprochenen Willen der Gesamtmitgliedschaft Angestellte verleiten, kleinere Warenmengen an Nichtmitglieder, die von gewissenlosen Krämern gedungen sind, abzugeben. Sie machen sich dadurch strafbar, sie können nach dem Genossenschaftsgesetz bestraft werden. Auch damit sind wir einverstanden, vor allem, wenn auch der Verleiher mit bestraft und schärfer bestraft wird, denn er ist der Schuldigere, der verwerflich Handelnde, der Angestellte nur der leichtfertige Handelnde. Vorstand und Verein können nicht bestraft werden, wenn sie nachweisen, daß sie das Erforderliche taten, um die strafbare Handlung zu verhindern. Nun kommt aber auf Denunziation der planmäßig und in gewinn-süchtiger Schadenersatzabsicht handelnden Krämer das Finanzamt und zieht auf Grund einer Warenabgabe in Höhe von ein paar Mark den Verein mit seinem Gesamtumsatz zur Körperschaftsteuer heran! Das ist einfach ungeheuerlich! Das begreifliche Einnahmehedürfnis des Fiskus darf nicht zur Vergewaltigung von Recht und Vernunft führen, darf nicht ungesetzliche Handlungen einzelner zur Schädigung von Tausenden Unbemittelter mißbrauchen. Wenn gegen Anordnung von Verwaltung und Mitgliedschaft einzelne Angestellte strafwürdig handeln, bestrafe man sie, aber man bestrafe nicht in schwerster Form Unschuldige, d. h. Mitglieder, für Taten, die sie nicht nur nicht gewollt, sondern ausdrücklich verboten haben. Sonst schafft man das berechtigte Gefühl, daß in Deutschland, grob gesagt, der Verbrecher belohnt und der Geschädigte obendrein bestraft wird. Sache der neuen Regierung und des neuen Reichstags wird es sein, mit solchen Widersinnigkeiten kurzen Schluß zu machen.“

### Die Größe der deutschen Handelsflotte.

Nach dem Lloydregister beträgt die deutsche Handelsflotte am 1. Juni 1928 2456 Seeschiffe mit 3838 000 Brutto-Registertonnen. Diese Handelsflotte setzt sich zusammen aus 1744 Dampfern mit 3 251 035 Bf.-T., 128 Motorschiffen mit 394 160 Br.-T. und 584 Segelschiffen sowie Schleppschiffen mit 192 674 Br.-T. Innerhalb der deutschen Handelsflotte haben die Dampfer der Tonnage nach einen Anteil von 84,8 v. H., die Motorschiffe von 10,2 v. H. und die Schleppschiffe von 5,5 v. H. Zieht man die Benutzung der Häfen in Betracht, so steht Hamburg von 50 v. H. der deutschen Flotte an erster Stelle; dann folgt Bremen mit 32 v. H., Stettin mit 4,9 v. H. usw. Die Entwicklung der deutschen Handelsflotte in den letzten Jahren muß eine sehr gute genannt werden. Allerdings betrug die Vorkriegstonnage 5,2 Millionen Br.-T. und ist es bis zur Wiedererlangung dieser Höhe immerhin noch ein weiter Weg.

## Feuilleton.

### Die zehn Gebote für das Proletariat.

1. Die höchste Vernunft wohnt in dir selbst. Nütze du diese deine Vernunft.
2. All deine Handlungsweise sei stets auf den Vorteil der Allgemeinheit gerichtet.
3. Deine Arbeit sei heiliger Dienst an der Menschheit. Erfühle du da heraus deine Würde.
4. Den Räuber an deiner Arbeit sollst du bekämpfen, wo immer du kannst.
5. Du sollst dich nicht für Geldinteressen töten lassen.
6. Du darfst lieben, alles was da schön ist. Liebe du die Blumen, die Sterne, die bunten Gesteine und edle Gedanken. Und achte du in der Schönheit der Mädchen die werdende Mütterlichkeit.
7. Du sollst dich nicht vom Unternehmer bestehen lassen.
8. Achte du in deinem Mitmenschen das Gute, bekämpfe das Böse: wo du es findest, zunächst in dir selbst.
9. Begehre für alle Menschen die Gemeinsamkeit.
10. Alles was der Weltgeist an Lebenswerten kennt, schuf er für alle. Lasse du dir durch keinen Menschen deine Rechte an allen Lebenswerten — schmälern. Und wo immer du das Unrecht findest, da zerteile du es. Max Doria.

## Aufstieg des Menschengestes.

Von Arthur Meltzer (Dresden).

Wohin das Auge blickt, überall sich überstürzender Fortschritt mit Möglichkeiten, die noch vor wenigen Jahrzehnten in das Gebiet der überhitzten Phantasie verwiesen worden wären.

Der menschliche Geist feiert Triumphe über Triumphe. Bis an die letztmöglichsten Grenzen spürt er den Gesetzen der Natur nach und stellt diese in den Dienst der Zweckmäßigkeit für sein Geschlecht.

Stimmen von Menschen, die schon längst der Vergänglichkeit alles Stofflichen tributpflichtig geworden sind, dringen durch die Schallplatten an unser Ohr. Ereignisse von Bedeutung — kaum zur Tatsache geworden — werden nach wenigen Minuten der Menschheit bis in die entferntesten Weltgegenden durch Radioübertragungen bekannt. Der Begriff von Raum und Zeit verliert mehr und mehr an einschränkender Bedeutung, denn Strecken, zu deren Überwindung man früher viele Monate benötigte, werden heute in Tagen erledigt und in nicht allzuferner Zeit wird man dazu nur noch Stunden und Minuten gebrauchen. Geistvoll erdachte Maschinen heben die Produktion, fördern den mühselosen Gewinn und ersetzen hunderte von Arbeitskräften. Die Luft, das Wasser und vornehmlich die Elektrizität entpuppen sich immer mehr in wunderbarer Reichhaltigkeit in bezug auf ihre Nutzbarmachung für die Menschheit. Und so geht es weiter.

Es wäre verfehlt, im Rahmen dieser Abhandlung alle Fortschritte auf diesem oder jenem Gebiete aufzuzählen und ebenso zwecklos würde es sein, alle Möglichkeiten des zukünftigen Fortschrittes einer kritischen Würdigung zu unterziehen. Sicher ist nur eins und dies kann man, ohne sich einer Überhebung schuldig zu machen, behaupten, daß die Menschheit erst am Anfang einer Epoche steht, welche wie eine verheerende Flutwelle die scheinbar für die Ewigkeit aufgerichteten Mauern der bestehenden Wirtschaftsordnung unterhöhlt und in sich zusammenbrechen lassen wird.

Die Menschheit aber in ihrer überwiegenden Mehrheit und ganz besonders die Träger und Nutznießer dieser Ordnung scheinen den nicht mißzuverstehenden Zeichen der Zeit blind gegenüber zu stehen. Sie berauschen sich an den Erfolgen menschlichen Geistes und den Leistungen bahnbrechender Pioniere und phantasieren von logisch unmöglichen Veränderungen zwischen millionenmeilenweiten Weltkörpern. Sie erträumen schon jetzt neue unbekannte Genüsse und denken aber nicht im entferntesten daran, persönlich irgendwelche sich tatsächlich ergebende Konsequenzen aus diesen zu ziehen und deren Einfluß auf die Weltwirtschaft und das Leben und die Verhältnisse der Menschen zu würdigen. Die Masse überseht die Folgen, welche in immer größerer Arbeitslosigkeit sich auswirken müssen und die wieder das Elend und die Verzweiflung ins ungemessene steigern. Sie empfindet nicht die Gefahr, die immer drohender wird, und die darin liegt, daß der schaffende Arbeiter selbst zum seelenlosen Werkzeug wird, das mit der Stoppspur gemessen, mechanische Griffe und Handlungen ausführt.

Es ist sonderbar: Auf der einen Seite schier unbegrenzter Aufstieg, auf der anderen geistloses

Vegetieren und sich Fügen unter willkürlich zu Gesetz erheben unnatürlichen Richtlinien. Und doch nicht verwunderlich, wenn man berücksichtigt, wie systematisch das Interesse für Dinge, die Lebensnotwendigkeiten darstellen, abgestumpft worden ist. Als das monarchistische System in Deutschland mit seinem Militärrausch zusammenbrach, wußte man sich nicht anders zu helfen, als daß man dem Sport und den Leibesübungen das Wort redete. Man übersah wahrhaftig, daß die damit verbundenen Konkurrenzen die einzelnen Volksteile und Völker einander näher bringen mußte, hatte aber auch erreicht, daß in hervorragendem Maße der Sinn für geistige Fortbildung höhere Ziele unterbunden wurde. Man hetzte gegen den Marxismus und ist nun erstaunt, wenn die Jugend, die von der Verherrlichung nationaler, mit Blut erkaufter Erfolge sich mit Schauern abwendet, zu geistloser banaler Literatur greift und sich damit einige wenige Stunden des Vergessens schafft, die sie über die Qual des täglichen Joches hinweghilft. Man kritisiert über das Reichsparlament, wo schöne Reden geschwungen, aber von Taten im Interesse der Allgemeinheit, nach ihrer Ansicht, wenig zu spüren ist. Liegt dies — wenn nicht genug erreicht wurde — aber nicht einzig an den Saboteuren des Fortschritts, den Wortrednern der privatkapitalistischen Ausbeuter und Unternehmer? Sie sind es, die jeden Versuch „die Rationalisierung und Schematisierung des Wirtschaftslebens“ zum Anlaß nehmen, die heutige Ordnung zu wandeln, vereiteln, sie sind es, die bestialische Werkzeuge einer überlebten Ordnung mit Menschen gleichstellen, die Menschenrecht und Gerechtigkeit verteidigen, und die gegen alle Bemühungen, die nervenzerrüttenden Anspannungen

in der Arbeit durch Herabsetzung der Arbeitszeit und entsprechender Erhöhung der Löhne auszugleichen und der immer steigenden Arbeitslosigkeit durch Schichtwechsel zu steuern, Sturm laufen. Sie beschweren sich über den Unverstand der Massen, der ihnen das traditionelle Recht auf Vormachtstellung abspricht, schreien nach Schutz, Ausnahmeesetzen und können nicht begreifen, daß den Arbeitern die Duldsamkeit der Seele abhanden gekommen ist, die sich mit den irdischen Verhältnissen abfindet und immer neue Kraft zum Tragen der Lasten aus den Verströmungen auf das Schlaraffenleben im Jenseits schöpft.

Die Menschheit erwacht. Noch sind es nur Bruchteile. Sie sind aber der Stamm, um den sich langsam Glied an Glied reiht, bis sie die Mehrheit und damit die Macht in Händen besitzen „Verhältnisse“ zu schaffen, die allen Menschen das Recht auf Leben und Existenz gewährleisten.

Auch hier zeigt sich der Fortschritt des menschlichen Geistes. Wohl schläft in großen Teilen der Menschheit noch die unbändige Kraft und Leidenschaft, die die immer unerträglicher werdenden Ketten der Unnatur abstreift, noch leben sie im Dämmerzustand, aber immer eindringlicher werden sie von Vorkämpfern gemahnt, ihrer Pflicht zu genügen.

Die Stunde der Freiheit naht. Die Morgenröte einer neuen Zeit ist angebrochen. Noch gibt es Menschen, die in Menschen ihre Freunde sehen, noch solche, die glauben nur am Streben nach persönlichem Vorteil ihre Existenz zu sichern. Sie sind im Irrtum.

Menschen sind Brüder und nur in der gleichmäßigen Pflichterfüllung unter Ausschaltung je-

des Schmarotzertums und in dem Ausgleich aller Produktionsgüter wird die Menschheit die Krisis zwischen Ausbeutung und Freiheit überstehen. Dann aber wird die Menschenliebe Wahrheit werden, sie wird diejenigen übertrumpfen, die unter Brüdern den Mord verherrlichten, das menschliche Denken in Fesseln legten und der Versklavung das Wort redeten.

Der Geist besiegt den Instinkt, der Fortschritt die Unfreiheit der Menschen und über die Zukunft leuchtet die Sonne wahren Menschseins.

**Vom Büchertisch.**

Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in der Gärtnerei. Von Dr. Heinz Potthoff. Verlagsgesellschaft „Gärtnerei-Fachblatt“ m. B. H., Berlin C 2. Preis 1,- Mk.

Seit Jahrzehnten geht das Streben der Arbeiterschaft dahin, zu einem einheitlichen Arbeitsrecht zu gelangen. Die Berechtigung dieser Forderung ist längst anerkannt, ja sogar in der Verfassung des Deutschen Reiches, in deren Artikel 157 ausdrücklich festgelegt. Trotzdem sehen wir die Unternehmer der Gärtnerei gegen die bisherige Unterstellung dieses Gewerbes unter die Gewerbeordnung und die künftige Anwendung der Bestimmungen des Arbeitsschutzgesetzes anrennen. Sie fordern mit der völlig abwegigen Begründung, Gärtnerei sei nichts anderes als intensive Landwirtschaft, daß für die Gärtnerei das wesentlich schlechtere Arbeitsrecht der Landarbeiter — das richtiger als ein Arbeitsunrecht zu bezeichnen ist — angewandt werden soll. Der selbstverständliche Abwehrkampf, den die freigewerkschaftliche Organisation der Gärtnereiarbeiter gegen die von den Arbeitgebern oft mit recht bedenklichen Mitteln angestrebten arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Verschlechterungen zu führen gezwungen ist, er-egt in letzter Zeit das besondere Interesse unserer Arbeitsrichter. Einer der namhaftesten, Dr. H. Potthoff (München) der Herausgeber der Zeitschrift „Arbeitsrecht“, hat sich nun das Verdienst erworben, die Kernfrage des jahrzehntelangen Streites, das ist die Frage der Arbeitszeit, näher zu untersuchen und das wichtigste Material an Urteilen und Entscheidungen zusammenzutragen.

**Den Toten zum Gedächtnis!**

1928.

† Am 24. April in Kaufbeuren **Joseph Breuer**, Steinschleifer aus Scherstetten, 62 J. alt, an Wassersucht, Invalide seit 2. September 1926. — Eingetr. in Kaufbeuren am 6. Januar 1897.

† Am 4. Mai in Berlin **Max Röber**, Notensteher aus Leipzig, 38 J. alt, an Herzleiden, krank 40 W. — Eingetr. in Berlin am 13. Februar 1927.

† Am 6. Mai in Leipzig **Herbert Lehmann**, Chemigraph aus Leipzig-Sellerhausen, 23 J. alt, infolge Schädelbruch bei einem Motorradunglück. — Eingetr. in Leipzig am 8. April 1923 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 4. Mai 1919).

† Am 9. Mai in Leipzig **Hermann Fellmann**, Steindrucker aus Voigtshain b. Wurzen, 66 J. alt, an Gehirnschlag, krank 70 W. — Eingetr. in Leipzig am 22. Juni 1919.

† Am 10. Mai in Frankfurt a. M. **Enrico Gerloni**, Lithograph aus Trient (Südtirol), 72 J. alt, an Herz- und Altersschwäche, krank 2 1/2 J. — Eingetr. in Frankfurt a. M. am 8. Dezember 1918.

† Am 14. Mai in Danzig (Freistaat) **Hugo Löppke**, Steindrucker aus Neu Grubow Kreis Berent, 41 J. alt, an Krebsleiden, krank 33 W. — Eingetr. in Stettin am 15. Oktober 1911.

† Am 14. Mai in Hamburg **Otto Bertz**, Steindrucker aus Brandenburg a. d. H., 21 J. alt, plötzlich an Lungenbluten. — Eingetr. in Brandenburg a. d. H. am 29. März 1925 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 12. Juni 1921).

† Am 14. Mai in Berlin **Arno Sprenger**, Chemigraph aus Berlin, 29 J. alt, infolge Überfahren mit der Eisenbahn (Unfall). — Eingetr. in Berlin am 26. Oktober 1924.

† Am 17. Mai in Nürnberg **Ludwig Hetzner**, Steindrucker aus Nürnberg, 71 J. alt, an Herzleiden, Invalide seit 2. März 1924. — Eingetr. in Nürnberg am 1. November 1832.

† Am 20. Mai in Dresden **Bernhard Titze**, Steindrucker aus Dresden, 52 J. alt, an Lungentuberkulose, krank 19 W. — Eingetr. in Dresden am 19. August 1899.

† Am 21. Mai in Neurode i. Schl. **Wilhelm Poltmann**, Steindrucker aus Kunzendorf Kreis Neurode, 31 J. alt, an Lungenleiden, krank 2 J. und 5 M. — Eingetr. in Berlin am 18. April 1915.

† Am 21. Mai in Saalfeld a. d. S. **Joseph Meier-Durst**, Lithograph aus Ansbach i. B., 65 J. alt, an Magenkrebs, Invalide seit 29. März 1925. — Eingetr. in Saalfeld a. d. S. am 30. Januar 1887.

† Am 23. Mai in Düsseldorf **Hubert Achten**, Steindrucker aus Rheydt, 30 J. alt, freiwillig aus dem Leben geschieden durch Vergiftung mit Leuchtgas. — Eingetr. in Duisburg am 7. März 1926.

† Am 23. Mai in Breslau **Hermann Fichtner**, Lithograph aus Breslau, 69 J. alt, an Magenleiden, Invalide seit 4. Juli 1909. — Eingetr. in Breslau am 27. Oktober 1889.

† Am 24. Mai in Niedersiedlitz **August Wiesner**, Lithograph aus Sandau i. Böhmen, 52 J. alt, an Herzleiden und Blutpropfbildung, krank 22 W. — Eingetr. in Dresden am 1. Januar 1900.

**Ehre ihrem Andenken!**

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, uns von jedem Todestall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Befügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets sogleich Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburts- und -jahr) mitteilen. Der Vorstand.

**Zinkdruckplatten** in Ia Lithographie-Qualität.  
**Ia Auswaschkur** Zinkätzsalz D. R. P.  
**Entsäuerungspulver, Schleifkugeln**  
 sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.  
**Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36,** Wiener Straße Nr. 50  
 Fernspr. Mor. 12289

**FACHLITERATUR!**  
 PRAKTIKUM DES STEIN- UND ZINKDRUCKES  
 von Witte. Preis inklusive Nachnahme 10 30 RM  
 DAS REKLAMEKLISCHEE UND SEINE VORTEILE  
 von Hans Eckstein. Preis inklusive Nachnahme 3.00 RM.  
 DIE ERFINDUNG DER LITHOGRAPHIE  
 von Fritz Hansen. Preis inklusive Nachnahme 0.80 RM.  
 Zu beziehen durch **Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.**

**Tüchtiger Retuscheur**  
 der auch zeichnerisch befähigt ist, in angenehme, gut bezahlte Dauerstellung — nach Süddeutschland — sofort gesucht. Angebote an  
**E. SAUTER,**  
 Graphische Kunstanstalt,  
 REUTLINGEN

**50% Ermäßigung Rabatt u. Reklamemarken**  
 45 Jahren Spezialität  
**Conrad Müller**  
 Schkeuditz-Leipzig

**Achtung!**  
 Wer kennt die Anschrift des Chemigraphen  
**Gottlob Leidensberger**  
 aus Ravensburg (Württemberg)  
 zwecks angenehmer Mitteilung. Gefällige Mitteilungen unter A 100 an die Expedition der „Graphischen Presse“ erbeten.

**Für Graphiker**  
 ein praktischer Ratgeber mit 48 illustrierten Beispielen aus der Klischee- u. Drucktechnik von Hans Eckstein. (Höchste Anerkennung der Fachpresse)  
 Aus dem Inhalt:  
 Die Wichtigkeit der Klischees nebst den näheren Bezeichnungen. Die Unterschiede und der Wert des Holzschnittes — Strichätzungen — Zinktypen — Galvano- und Stereotypen. Wie soll die Zeichnung für Reproduktionszwecke beschaffen sein? Ihre Technik. — Praktische Maßgabe. — Die Wirkung illustrierter Inserate. — Strichzeichnung mit Rasterkombination. — Postitiv-Retusche. — Farben-Klischees. — Die Abmahnung der Klischees und ihre Ursache. — Klischeebehandlung und -abmahnung und dgl. mehr! Preis 3,80 RM. gegen Nachnahme oder Vorauszahlung Postcheckkonto Leipzig Nr. 15078 **Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8**